Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 94.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 8. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 6. Februar. Der König hat dem Generallieut. z. D., Freiherrn v. Medem, bisher Kommandant der Festung Mainz, den Stern zum R. Adl.-O. 2. Kl. mit Eichenlaub; dem Geh. Sanitätsrath und Kreisphysikus Dr. Bitter zu Melle den R. Adl.-O. 3. Kl., dem bish. Konsul in Jerusalem, Geh. Legationsrath und Generalkonsul von Alten, den R. Adl.-O. 2. Kl.; dem Vorstande der Telegraphen-Abtheilung bei der Generaldirektion der k. baier. Verkehrsanstalten, Telegraphendirektor Gumbart zu München, den K. Kr.-O. 2. Kl. verliehen; den Pastor Paul Eduard Aumann in Nieder-Schönfeld zum Superintend. der Diözese Bunzlau I., Regierungsbez. Liegnitz ernannt, dem Kaufmann Heinrich Friedrich Haker zu Stettin den Charakter als Kommerzienrath verliehen; der von der Stadtverordnetenversammlung zu Duisburg getroffenen Wiederwahl gemäß, die bisb. unbesoldeten Beigeordneten: Rentner Theodor vom Rath, Fabrikbesitzer Julius Brockhoff und Direktor Dr. jur. Feodor Goecke, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer, und den Stadtrath Johann Heinrich Haarmann zu Witten, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Witten für die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren bestätigt.

Bei der Realschule am Zwinger in Breslau ist die Beförderung des ord. Lehrers Paul Thiemich zum Oberlehrer genehmigt worden, dem Organisten Paul Blumenthal in Frankfurt a. O., und dem Musiklehrer Eduard Marxsen in Altona ist das Prädikat „Musikdirektor" beigelegt worden, der k. Eisenbahn-Baumeister Louis Zimmermann zu Hanau ist in gleicher Eigenschaft nach Hannover versetzt und mit den Funktionen des Vorstehers des bautechnischen Bureaus der k. Eisenbahndirektion daselbst betraut worden.

Der Kreisrichter Rudies in Osterode ist an das Kreisgericht in Thorn versetzt, die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ist ertheilt: dem Kreisger.-Rath Senger in Hilchenbach vom 1. April d. J. ab und dem Kreisger.-Rath Boenisch in Gleiwitz. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Court bei dem Kreisger. in Groß-Strehlitz, der Ger.-Ass. Schwarck bei dem Kreisger. in Conitz und der Ger.-Ass. Lützkendorf bei dem Kreisger. i. Neustadt O.-Schl., mit der Funktion als Ger. Kommissar in Ober-Glogau. Der Kreisger.-Rath und Deput.-Dirigent von Sierzynski in Trachenberg, und der Ober-Staatsanwalt Diebl in Wiesbaden sind gestorben. Zu Ger.-Assess. sind ernannt: der Ref. Beck und der Ref. v. Boddien im Bezirk des Appell.-Gericht zu Naumburg, der Ref. Matthiesen, der Ref. Malmros und der Ref. Lembke im Bezirk des Appell.-Ger. zu Kiel, und der Ref. von Werbern im Bez des Appell.-Ger. zu Bromberg.

Aus dem Reichstage.

☐ **Berlin**, 6. Febr. Die gestrige Sitzung des Reichstags war außerordentlich bewegt und setzte sich aus drei großen Debatten zusammen. Zunächst fand die Freitagsdebatte über die Belegung des Invalidenfonds ein durch den Abg. v. Ludwig veranlaßtes unerwartetes Nachspiel. Herr v. Ludwig hat die Oeffentlichkeit schon des Oefteren beschäftigt. Er ist Landwehrhauptmann und Gutsbesitzer in Neuwaltersdorf im Kreise Habelschwerdt, 55 Jahre alt und römisch-katholisch. Nachdem er an drei Universitäten studirt, wurde er Justiz- und Verwaltungsreferendarius, später übernahm er die Verwaltung seines Grundbesitzes. Im Wahlkreise Habelschwerdt-Glatz gewählt, bekennt er sich als „altkonservativ, mit Anschluß an das Zentrum in allen kirchlichen Fragen". Schon als Kandidat für die Wahl hielt er eine öffentliche Rede, welche den Fürsten Bismarck heftig angriff und dem Redner eine Verurtheilung zuzog. Vor zwei Jahren war v. L. das einzige Mitglied vom Zentrum, welches für das Militärgesetz stimmte. Dieser Herr fühlte sich gestern bemüßigt, bei dem Bericht der Reichsschuldenkommission über die Verwaltung der Reichsfonds den Abg. Miquel, persönlich anzugreifen, ohne indeß die Verantwortlichkeit für seine Behauptungen zu übernehmen. Der ultramontane Agrarpolitiker übertraf mit dieser Leistung noch jene Preßorgane, aus denen er seine Leibkost zu beziehen pflegt: die „Deutsche Landeszeitung" und die „Deutsche Eisenbahnzeitung", denn die Leiter dieser Organe begeben ihre Verleumdungen doch mit dem Bewußtsein, daß sie sich möglicher Weise vor dem Strafrichter zu verantworten haben und nicht wie Herr v. Ludwig durch das parlamentarische Privilegium geschützt sind. Obwohl von dem Präsidenten Herrn Prof. Hänel, also einem Mitgliede der Fortschrittspartei, welche für die parlamentarische Redefreiheit die weitesten Grenzen zieht, zweimal zur Ordnung gerufen, setzte dieser seltsame Herr seine Angriffe mit großer Unverfrorenheit fort. Sein Auftreten machte selbst in der Partei des Redners einen peinlichen Eindruck und Windthorst verläugnete den Genossen im Namen der Zentrumsfraktion. Der Abg. Dr. Lasker wußte diese schändliche Methode zu verdächtigen, in das richtige Licht zu stellen. Derselbe hob dabei den großen Unterschied hervor, welcher zwischen seinen Enthüllungen in der Eisenbahnangelegenheit und den Angriffen v. Ludwig's bestehe. Seine (Lasker's) Angaben seien durch die folgende Untersuchung erwiesen worden und er habe sie selbst mit Beweis vertreten. Wer jedoch Thatsachen vorbringt, ohne dafür die Verantwortung zu übernehmen, blos auf schändliche Gerüchte hin, müsse riskiren. Dem Abg. Miquel geben die ausgesprochenen Verdächtigungen Veranlassung, in sehr ruhiger und angemessener Weise die erhobenen Beschuldigungen zu entkräften. Es hätte kaum der einfachen und schlichten Darstellung seines Privatlebens und seiner geschäftlichen Wirksamkeit bedurft, welche Miquel vor dem Reichstage entrollte, um alle Schatten, welche giftige Verläumdung dem liberalen Parteimanne angeheftet hatten, zu verscheuchen.

Nachdem noch der Abg. Grumbrecht sich lebhaft des angegriffenen Abg. Miquel angenommen und dessen Mittheilungen aus eigener persönlicher Wissenschaft bestätigt hatte, schloß diese unerquickliche Episode mit dem allgemeinen Gefühl auf den verschiedenen Seiten des Hauses ab, das, so peinlich für die Betheiligten die Angelegenheit auch sein mag, doch auch diese Explosion zur Reinigung der mit Verdächtigungen angefüllten Atmosphäre dienen werde. Mit Recht wies der Abg. Miquel darauf hin, wohin es führen solle, wenn jeder im Geschäftsleben stehende Abgeordnete solchen Angriffen ausgesetzt sei, welche es schließlich jedem Kaufmann, Industriellen, ja jedem Grundbesitzer unmöglich machen könnten, an dem öffentlichen Leben Theil zu nehmen.

Es zeigte von den guten Nerven der Reichs-Parlamentarier, daß sie nach einer so aufregenden Debatte noch eine außergewöhnliche große Tagesordnung erledigen konnten. Mit ziemlicher Ruhe wurde der Gesetzentwurf über die geschäftliche Behandlung der Konkursordnung erledigt und sodann Laskers dringlicher Antrag auf Erwählung Simsons zum „Nothpräsidenten" einstimmig angenommen. Wie es heißt, ist die erste Anregung für diese Wahl von dem Vizepräsidenten Dr. Hänel selbst ausgegangen. In der Fraktion der Fortschrittspartei erklärte derselbe, daß er allein den Geschäften des Hauses nicht vorstehen könne und deshalb vorschlage, dem Abg. Simson dies Ehrenamt zu übertragen. Der von der Fortschrittspartei gefaßte Beschluß wurde der nationalliberalen Fraktion mitgetheilt, worauf alle Parteien sich zu der eventuellen Wahl Simson's vereinigten.

Eine längere und ziemlich bewegte Debatte veranlaßte darauf der Gesetzentwurf über die Verlegung des Etatsjahres auf die Zeit vom 1. April bis zum 31. März. Diese selbst wurde vom Hause angenommen, dagegen versagte eine große Majorität die vom Reichskanzler geforderte Genehmigung, den für 1876 festgestellten Etat auf die ersten drei Monate des Jahres 1877 auszudehnen. Es wird demnach der im Herbste zusammentretende Reichstag neben dem Etat für 1877 auch den für das erste Quartal 1878 zu bewilligen haben. Zu der zweiten Berathung des Entwurfs waren die Anträge von Ludwig und Völk hinzugezogen, welche die Einberufung des Reichstages und die rechtzeitige Mittheilung der Regierungsvorlagen betreffen. Das ehrenwerthe Mitglied des Centrums war diesmal in der Lage, durch seine drastische Schilderung der Gesetzmacher und des Gesetzmachens zuerst die Heiterkeit, dann aber die Ungeduld des Hauses zu erregen, das ihn durch Schlußrufe veranlaßte, die kaum betretene Tribüne wieder zu verlassen. Die Unverfrorenheit, mit welcher der exentrische Herr nach den vorausgegangenen Abfertigungen und Zurückweisungen an den Tag legte, erregte sehr gemischte Gefühle, welche sich u. A. auch in dem Rufe ausdrücken: „Ist denn Zinn nicht da!" Auch der freikonservative Gerichtsdirektor Thilo aus Delitsch (früher in Schlesien) ließ in einer persönlichen Bemerkung durchblicken, daß er Herrn v. Ludwig dem Kollegen Zinn empfehlen möchte. Der Abgeordnete Dr. Zinn ist Irrenarzt und Direktor der Provinzial-Irrenanstalt von Brandenburg. Völk erregte große Heiterkeit dadurch, daß er seinen Antrag zurückzog, „nachdem" Herr v. Ludwig ihm seinen Beifall gezollt hatte.

Die dritte größere Debatte entspann sich um die Vorlage wegen Ermächtigung zum Ankauf des Kroll'schen Grundstücks für die Errichtung des Reichstagsgebäudes. Hiergegen richtete sich der Antrag von Berger und Genossen, welcher sich in Gemäßheit des früheren Reichstagsbeschlusses für das Terrain hinter dem Kriegsministerium 2c. ausspricht. Die Berathung gelangte indessen nicht zum Abschlusse, obgleich sie sich weit in die sechste Stunde hinzog und das ermüdete Haus zum Schlusse der Sitzung drängte.

Die „Hess. Morgenztg." brachte kürzlich die Nachricht, daß sich Ende April in Fulda die preußischen Bischöfe wieder zu einer Konferenz versammeln würden. Die „Germ" erklärt die Nachricht kurzweg für einen „Bären". Das genannte Blatt ergänzt jetzt seine Redaktionsbriefkastennotiz über die Reise des Kardinals Hohenlohe nach Rom durch einen längeren Artikel, welcher jedoch nichts Neues enthält. Entsprechend ihrer früheren Bemerkung hält es die „Germania" nicht für wahrscheinlich, daß dem Kardinal seitens der Reichsregierung eine Mission anvertraut worden ist. Gleichzeitig finden wir in der „Magdeb. Ztg." folgende Mittheilung:

Wie man uns aus Berlin schreibt, soll Bismarck kürzlich zu einem hervorragenden Parlamentsmitgliede gesagt haben: „Ich habe den Hohenlohe nicht nach Rom geschickt; überhaupt können Sie sich darauf verlassen, daß ich mich nie dazu hergeben werde, mit dem Papste über preußische Staatsgesetze zu unterhandeln!"

Mit Bezug auf die Vorgänge in der Sonnabendsitzung schreibt die „Nat.-Lib. Corr.":

Das ersehnte „reinigende Gewitter" ist jetzt zum Ausbruch gekommen und die Atmosphäre ist wieder klar, so daß jeder ehrliche Mann die Dinge in ihrem wahren Lichte zu sehen im Stande ist. — Damit ist aber die Angelegenheit nicht abgethan. Es bleibt die Frage: woher stammen diese endlosen Verleumdungen und Verdächtigungen und wo hin zielen sie? Der Abg. Miquel hat es gerade heraus gesagt: „Es handelt sich nicht um meine Person, es handelt sich um eine systematische Diskreditirung meiner Partei." Wer die unsauberen Machinationen eine Zeitlang verfolgt hat, weiß in der That, daß mit diesem Worte der Nagel auf den Kopf getroffen ist. Die nationalliberale Partei soll aus der maßgebenden Stellung, welche sie seit fast einem Jahrzehnt in unserem politischen Leben einnimmt, hinausgedrängt werden — das ist die unverkennbare Absicht. Daß diese Absicht besteht, hat an sich allerdings nichts Befremdliches, für alle nicht liberalen Parteien versteht sie sich von selbst; aber daß sie erreicht werden soll mit den Waffen der Lüge und Verleumdung, das ist es, was jeden Vaterlandsfreund mit Besorgniß erfüllen muß. Wohin soll unser öffentliches Leben gelangen, wenn solche Kampfweise sich einbürgert! Der Sprecher der Freikonservativen ist der Ansicht, daß es sich wohl auch nur um einen Racheakt von Leuten handle, welche durch die liberale Partei aus ihrer politischen Stellung verdrängt seien, und die Anspielung auf Herrn Wagener ist dabei deutlich genug. Aber selbst diese harmloseste Deutung angenommen, so ist damit die schwere Gefahr dieses Treibens für die öffentliche Sittlichkeit doch keineswegs beseitigt. Es kann nicht verschwiegen werden, die bisherige Haltung aller nicht liberalen Parteien hat nur zu sehr den Eindruck machen müssen, als sehe man jenen Verläumdungen zum Mindesten nicht ohne Schadenfreude zu und als denke man bei den nächsten Wahlen die destruktive Wirkung derselben für sich zu benutzen. Eine solche Politik wäre für jede staatsfreundliche und doppelt für jede konservative Partei die Politik des Mannes, der den Ast absägt, auf welchem er sitzt. Mögen die Parteien sonst einander befehden, wie sie wollen — gegen eine Clique, deren Staatskunst die Lüge und Verläumdung ist, haben sie die Pflicht, alle Schulter an Schulter zu stehen. Hoffen wir, daß die parlamentarischen Vorgänge der jüngsten Zeit diese Nothwendigkeit überall zum Bewußtsein gebracht haben!

Mit Bezug auf den Inhalt des in Nro. 55 der Posener Zeitung vom 23. v. M. abgedruckten Eingesandts „Zur Zurückzahlung der mehr erhobenen Klassensteuer" geht uns von der hiesigen Regierung (Abtheil. für direkte Steuern, Domänen und Forsten) folgende Berichtigung zu:

Da der Gesammtbetrag der für das Jahr 1874 veranlagten Klassensteuer den gesetzlich festgesetzten Normalbetrag nur um den in der Amtsblattsbekanntmachung vom 8. Jan. 1874 (Amtsbl. S. 32) angegebenen Betrag überstiegen hat, so bedurfte es bestimmungsmäßig einer Ausgleichung des Ueberschusses in dem Jahre 1874 nicht. Die Klassensteuer für 1874 ist daher durch nach den im § 7 des Gesetzes vom 25. Mai 1873 angeordneten Steuersätzen erhoben worden.

Die Bekanntmachung des Herrn Finanzministers, wonach für das Jahr 1875 nur 2 Mk. 80 Pf. auf je 3 Mark der veranlagten Jahressteuer zu entrichten war, ist durchweg die Gesetzsammlung für 1875 (S. 84) und außerdem durch das Regierungs-Amtsblatt für 1875 (S. 121) veröffentlicht worden.

Es hat danach gemäß einer den sämmtlichen Kreissteuererhebern zugegangenen desfallsigen Anweisung im vorigen Jahre die Erhebung der Klassensteuer in der Weise stattgefunden, daß auf jede 25 Pfennige der veranlagten monatlichen Klassensteuer für den ersten Monat jeden Kalenderquartals nur je 24 Pfennige, für den zweiten und dritten Monat jedes Kalenderquartals nur je 23 Pfennige erhoben worden.

Deutschland.

Berlin, 6. Februar.

— Von dem Abg. Geh. Regierungsrath a. D. L. Jacobi (Liegnitz) ist dieser Tage eine Broschüre als Separatabdruck aus dem „Arbeiterfreund" erschienen, welche über den neuesten Stand der gewerblichen Arbeitslöhne in Niederschlesien berichtet. Von dem Verfasser war unter Anderen auch dem Reichskanzler Fürsten Bismarck ein Exemplar der Broschüre übersendet worden. Derselbe erhielt nun, wie die „Post" meldet, ein Schreiben des Reichskanzlers, in welchem dieser unter dem Dank für die Uebersendung das große Interesse bekundete, welches die Arbeit beim Durchlesen derselben in ihm hervorgerufen habe. Gleichzeitig spricht der Reichskanzler seine Verwunderung darüber aus, daß die Arbeitslöhne, wie er das von seinen Besitzungen genau wisse, sowohl in Pommern als auch im Lauenburgischen noch nicht den niedrigen Satz erreicht hätten, wie dies der Broschüre zu Folge in Niederschlesien der Fall sei. Der Fürst bittet den Verfasser, ihm über die Gründe Aufschluß zu geben.

— Die wiederholt vom preuß. Landtage gestellte Forderung auf Einverleibung Lauenburgs in die preuß. Monarchie geht endlich ihrer Realisirung entgegen. Wie bereits mitgetheilt, wird der Landtag von Lauenburg noch im Laufe d. Mts. über den Einverleibungsgesetzentwurf Beschluß zu fassen haben. Ueber den Inhalt des Entwurfs erfährt die „Voss. Z." folgende Einzelheiten:

Das gesammte Staatsvermögen Lauenburgs geht in den Besitz des preußischen Staates über. Das Herzogthum bildet einen Kreis der Provinz Schleswig Holstein, ohne jedoch an dem Vermögen und dem provinzialständischen Verbande derselben Theil zu nehmen. Dem lauenburgischen Kreise steht ein Landrath vor. Die Vertretung des Kreises bildet die jetzige Ritter- und Landschaft, auf die auch die Rechte und Pflichten der Provinzial Stände der alten preußischen Landestheile übergehen sollen. Alle Landesschulden gehen auf den Kreis über, während diesem das durch Rezeß vom Juni 1871 und das Gesetz vom 7. Dezember 1872 als Landeseigenthum anerkannte Dominial-Vermögen verbleibt. Die Kosten der Grundsteuer-Veranlagung endlich trägt der Kreis ebenso die zu gewährenden Entschädigungen für den Verlust gewerblicher Berechtigungen, wie sie sich aus dem Gesetze vom 20. April 1874 ergeben. Da die Inkorporation schon am 1. Juli d. J. vor sich gehen und die Geschäfte, Obliegenheiten und Befugnisse des bisherigen Ministers für Lauenburg an diesem Tage auf die betreffenden preußischen Ressortminister übergehen sollen, so werden, wie es heißt, bereits alle Vorkehrungen getroffen, um nach Annahme der Inkorporations-Vorlage die Uebertragung der Geschäfte 2c. auf die verschiedenen preußischen Ressorts unverzüglich zur Ausführung bringen zu können.

— Der in einer etatsmäßigen Stelle als technischer Hülfsarbeiter bei der Bau-Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten angestellte Baurath Erbkam, welcher unter Dispensation von seinen desfallsigen Amtsgeschäften in den letzten Jahren den Bau der neuen Nationalgallerie in Berlin neben dem Geheimen Ober-Hofbaurath Strack geleitet hat und außerdem als Redakteur der allgemeinen Bauzeitung in weiteren Kreisen sich bekannt gemacht hat, ist nach längerer schwerer Krankheit am 3. d. M., Nachmittags, gestorben, nachdem es ihm noch vergönnt gewesen war, eine Allerhöchste Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen durch Zustellung des von dem Könige unterm 1. Februar c. vollzogenen Patents über die Verleihung des Charakters als Geh. Reg. Rath zu erfahren. Der „Staatsanz." schreibt über ihn:

Der Verstorbene, welcher früher an der wissenschaftlichen Exped. des Professors Lepsius nach Aegypten Theil genommen, war ein sehr befähigter und gründlich gebildeter Bautechniker, der besonders im Entwerfen von Projekten für Kirchenbauten Verdienstliches geleistet und hier in Berlin den Bau der Markuskirche in der Weberstraße selbst zur Ausführung gebracht hat. Gediegene Kenntnisse und große Pflichttreue in allen praktischen wissenschaftlichen Leistungen sichern dem verstorbenen Geheimen Regierungsrath Erbkam ein ehrenvolles Andenken in der Bauverwaltung.

— Herr Andrzei Popiółkowski (Aschmann), der in der Zeit vom 17. bis zum 26. Oktober d. J. die „Germania" als verantwortli-

cher Redakteur gezeichnet hatte, wurde am Sonnabend wegen einer in der Beilage der Nr. 243 der „Germ." enthaltenen Beleidigung der königlichen Regierung zu Trier und des Kreisschulinspektors Dr. Beck daselbst zu 60 Mark Geldstrafe event. zehn Tagen Haft verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnißstrafe beantragt.

Thorn, 5. Februar. In dem Dorfe Kaczorek bei Thorn und in denjenigen Ortschaften, welche zu dem katholischen Kirchsprengel von Kaczorek gehören, werden seit einigen Tagen Unterschriften für ein Gnadengesuch an den Kaiser und König gesammelt, um den wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange zu Gefängniß verurtheilten katholischen Pfarrer Tetzlaff aus seiner Haft zu befreien. Wie man hört, wird das Gnadengesuch auch Evangelischen mit der Bitte um Unterschrift vorgelegt. (Tetzlaff hatte bekanntlich seine Wirthschafterin mißhandelt.)

Neisse, 5 Februar. Die Kreuzkirche ist am 2. d. wieder derartig gesperrt worden, daß den Altkatholiken die Abhaltung des Gottesdienstes in der ihnen staatlicherseits überwiesenen Kirche unmöglich wurde. Der „Schles. Volksztg." wird hierüber aus Neisse berichtet: „Auf heute Vormittag 10 Uhr hatten die Altkatholiken einen Gottesdienst in der Kreuzkirche mit dem Bemerken angekündigt, daß derselbe, wenn die Kreuzkirche nicht zu haben sei, in der protestantischen Kirche stattfinden werde. Vor einigen Tagen schon hatte das königliche Kreisgericht das nicht mehr existirende Kirchen-Kollegium aufgefordert, dem Einzuge der Altkatholiken in die Kirche keinen Widerstand und keine Hindernisse entgegenzustellen, bei 300 Mk. (100 Thlr.) Strafe. Um 10½ Uhr erschien heute der Herr Bürgermeister im Hospitalhofe, schloß die bekannte Vorderthüre auf, erwartete den altkatholischen Kirchenvorstand und versuchte sodann im Verein mit demselben die Sakristei- und Prälaten-Thüre zu öffnen. Sed frustra! Die Altkatholiken zogen dann ab zur protestantischen Kirche. Es waren an tausend Leute, fast ausschließlich vom Lande, vor der Kirche, auf der Brüder- und Zollstraße versammelt. Es sollen 17 Verhaftungen vorgenommen sein."

Dresden, 5 Februar. Das am 28. Januar in Rom abgehaltene geheime Konsistorium hat, wie verlautet, auch dem sächsischen apostolischen Vikar Franz Bernert die erwartete Ernennung zum Bischof — selbstverständlich in partibus infidelium gebracht, und zwar ist er zum Bischof von Azotus ernannt worden. Die Ehre ist ziemlich kostspielig, da die Gebühren für die Ausfertigung fast den Jahresgehalt erreichen, den der Titularbischof als apostolischer Vikar bezieht.

Detmold, 5. Februar. Die „Westf. Ztg." konstatirt, daß die Hoffnungen des Fürstenthums Lippe auf Herstellung geordneter Verhältnisse durch die mitgetheilte Proklamation des Fürsten, welche einen außerordentlichen Landtag nach dem Wahlgesetz von 1836 einberuft, sehr gemindert worden sind. Sie schreibt: „Wir müssen sagen, daß die Kundgebung im ganzen Lande die größte Sensation erregt hat. Wohin man hört, da ist die Stimmung sehr erregt, die Residenzstadt Detmold nicht ausgenommen und wenn nicht ein Wunder geschieht, so darf die Regierung schwerlich auf Erfolg rechnen."

Elsaß-Lothringen, 2. Februar. Die „Elsäss. Corr." schreibt: „In den letzten Tagen wurde höchsten Orts eine für solche Optanten, die in ihre Heimath zurückkehren wollen, wichtige Entscheidung, und zwar zu deren Gunsten getroffen. Es war bisher zweifelhaft, ob Optanten, wenn sie sich in Elsaß Lothringen wieder naturalisiren lassen, nach § 11 des Reichsmilitärgesetzes vom 2 Mai 1874 bis zu ihrem 31. Lebensjahre noch zum Militärdienst herangezogen werden könnten. Nunmehr aber wurde entschieden, daß dieses nicht zulässig ist, da die Optanten nicht als Ausgewanderte anzusehen sind, sondern Franzosen bleiben. Bei ihrer jetzigen Wiedereinwanderung, beziehungsweise Einwanderung in Elsaß Lothringen werden sie demgemäß wie alle Einwanderer behandelt, d. h. nach vollendetem 23. Lebensjahre werden sie nicht mehr in die aktive Armee eingestellt, sondern, sofern sie das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, der Ersatzreserve überwiesen."

Frankreich.

Paris, 4. Februar. Die Timesnachricht, welche Buffet's baldigen Abgang auf alle Fälle als sicher bezeichnet, wird von sämmtlichen Blättern abgedruckt. Bis zu der nächsten Wahl gedenkt der Minister, wie ein Korrespondent der „Köln. Ztg." meldet, jedenfalls auf seinem Posten zu bleiben, und wenn diese erst eine neue Lage geschaffen haben wird, dann kommt es nicht sehr darauf an, was Buffet persönlich thut; dann handelt es sich vor Allem darum, ob eine wirkliche Aenderung der Regierungsgrundsätze eintritt. In Ministerium liegt Zündstoff genug zu allerlei Streitigkeiten aufgehäuft, und die gegenseitige Stimmung der Hauptaktoren soll gerade in diesen Tagen nicht die beste sein. Doch wird angenommen, daß das Kabinet bis zum 20. jede Explosion dieser Meinungsverschiedenheiten vermeiden wolle. Uebrigens läßt Buffet durch den Français den republikanischen Präfekten drohen, daß sie abgesetzt werden sollen, wenn sie bei den Deputirtenwahlen wieder Kandidaten unterstützten, die Feinde der Regierung seien. Buffet wird durch diese Drohung schwerlich viel ausrichten, denn er wird wie ein todter Mann, dessen Beerdigung bevorsteht, betrachtet; nur die Ultramontanen bieten Alles auf, seine Auferstehung zu neuem Leben zu bewirken Louis Veuillot's Univers legt für Buffet heute bei den katholischen Wählern ein gutes Wort ein; es schreibt: „Herr Buffet trägt den Flecken des Liberalismus und er bediente sich eines Tages als Minister von Napoleon III. über die päpstlichen Münzen sehr unglücklicher Worte, die er nicht zurückzuziehen verstand. Nichts desto weniger ist er ein aufrichtiger Katholik und hält in diesem Augenblick die Fahne der Ordnungspartei aufrecht. Man darf deshalb nicht zögern, ihn gegen einen republikanischen Kandidaten zu unterstützen" — Der „Figaro" beriotet folgendes charakteristische Zeichen der Zeit: Von den etwa 10,000 Nationalgardisten, die am 19. Januar nach Montretout ausrückten, sind 221 gefallen; und wie viele Gesuche um Ehrenlegionskreuze wegen der an diesem Tage geleisteten Dienste sind eingelaufen? Der „Figaro" antwortet: „Ueber 22,000!" — Gestern ereignete sich ein komischer Vorfall am Place Saint Georges. Der Mann, welcher die Mauerzettel mit der Kandidatur von Thiers anzuschlagen hatte, klebte sie auch an dem Hotel des Herrn Thiers an, als dessen Concierge plötzlich aus dem Hausthor herausstürzte und wüthend ausrief: „Il est défendu d'afficher ici!" Der Mann meinte höhnisch, er hätte geglaubt, daß er den Namen des Herrn Thiers an seinem eigenen Hause anschlagen dürfe. Der Concierge sah verdutzt aus und wußte nicht, ob er die Affiche herunterreißen sollte, als plötzlich eine sonore Stimme aus dem ersten Stock mit den Worten intervenirte: „Ne m'ôtez pas ne m'ôtez pas!" — Laut „Bien Public" wird dieses Jahr ein vollständiges Armeekorps für die großen Manöver mobilisirt werden, das 6. oder 7. Korps soll für diesen Versuch ausersehen sein. — Der aus Rom zurückgekehrte Bischof Dupanloup hatte diesen Morgen eine Unterredung mit den Leitern der katholischen Universität in Paris; er bringt das vom Papst gutgeheißene Programm für den katholischen Universitäts-Unterricht mit.

Italien.

Rom, 4. Februar. Ueber die kürzlich verbreiteten Nachrichten bezüglich des Eingreifens des italienischen Staatsraths in die Arnim-Affaire liegt endlich eine aufklärende Mittheilung vor. Nachdem das berliner Stadtgericht das ärztliche Zeugniß, welches Graf Arnim einsendete, um einen Haftaufschub zu erlangen, nicht hinreichend begründet fand, handelte es sich darum, diesen Beschluß dem Grafen zu notifiziren. Das Stadtgericht wendete sich an den florentiner Appellhof und verlangte, daß die Notifikation durch einen Huissier desselben erfolge. Der florentiner General-Prokurator verlangte hierauf von der Regierung Instruktionen, und diese ersuchte den Staatsrath um sein Parere. Derselbe sprach sich gestern dahin aus, dem Ansuchen sei zu willfahren, wobei jedoch der Frage einer eventuellen Auslieferung in nichts präjudizirt werden solle, ja der Staatsrath erklärte sich vielmehr einstimmig und ausdrücklich gegen eine solche.

Rom, 4. Februar. Die „Daily News" erhalten von hier einen Brief, in welchem einiges Nähere über einen Besuch bei Garibaldi von einem alten Garibaldianer mitgetheilt und dabei auch der mehrerwähnten Aussichten der Insurgenten in der Türkei auf Zuzug von Seiten der Anhänger des alten Freischaarenführers Erwähnung gethan wird. Garibaldi ging alsbald auf die Erhebung in der Herzegowina über, bemerkte, Ljubobratic habe ihn brieflich um einen Generalstabschef ersucht und er, der General, habe auf seine eigene Verantwortung hin erklärt, sein Besucher werde diesem Rufe folgen. Sodann erging sich der alte Krieger über das Thema, daß die Anwesenheit der Türken in Europa eine Schmach für die europäische Zivilisation sei, und daß als Bedingung des Erfolges für den Aufstand auch die Provinzen Epirus, Albanien und Thessalien zum Schwerte greifen müßten. Die Gründung einer slawischen Republik hielt er für schwierig, dagegen schien ihm der Bundesgedanke empfehlenswerth. Der Besucher machte gegen den Vorschlag seines alten Chefs geltend, er kenne Land und Leute auf dem Schauplatze des Aufstandes nicht, sei der Landessprache unkundig und habe nur unter in mancher Hinsicht ähnlichen Verhältnissen unter Garibaldi gedient und dienen können, weil diesem die Leitung, ihm selbst aber nur die Ausführung anheimgefallen sei. Garibaldi vermochte die angedeuteten Schwierigkeiten nicht einzusehen, sondern meinte, mit dem venetianischen Dialekt sei es leicht in der Herzogewina durchzukommen. Gleichwohl fühlte sich sein Besucher nicht berechtigt, die ihm zugedachte Ehre anzunehmen, worauf Garibaldi leichthin erwiderte, er habe ja bis zum Frühjahr Zeit, darüber nachzudenken. Mittlerweile werde wohl unter den Häuptern des Aufstandes eine Verständigung zu Stande kommen. Ljubobratik wurde im Verlaufe der Unterhaltung mit großer Anerkennung erwähnt, und Garibaldi ließ die Aeußerung fallen, der Fürst von Montenegro sei der Todfeind des jungen Woywoden. — Wie es scheint, hat Ljubobratic brieflich bei Garibaldi über seinen Mangel an Artillerie geklagt, worauf der letztere sich durch General Dezza beim König von Italien um Gewährung einer Batterie Geschütze verwenden ließ. Er selbst — sagte Garibaldi — sei nicht mehr im Stande, an der Spitze von einigen hundert Mann zu reiten, was ja in der Herzegowina nöthig sein würde, und wenn er auch noch die Empfindung habe, als könne er immer noch eine Armee kommandiren, so könnte das doch nur aus dem Wagen geschehen. Zum Schlusse rieth er, nichts zu übereilen und setzte abermals seinem Besucher zu, die Insurgenten zu unterstützen.

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 5 Februar. Nach der mitgetheilten Rede des Abg. Simon trat das Haus im Fortgang der Sitzung in die erste und zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend das Etatsjahr für den Reichshaushalt: § 1 Das Etatsjahr für den Reichshaushalt beginnt vom 1. April 1877 ab mit dem 1. April und schließt mit dem 31. März jeden Jahres. § 2. Der durch das Gesetz vom 25. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 325) festgestellte Haushalts-Etat für das Deutsche Reich für das Jahr 1876 gilt unter den nachfolgenden näheren Bestimmungen für die ersten drei Monate des Jahres 1877: 1) Dem Etatssoll der Ausgaben tritt bei den einzelnen Kapiteln und Titeln der fortdauernden Ausgaben, mit Ausnahme des Kapitels 44, ferner bei Kapitel 5 Titel 1 und bei Kapitel 11 der einmaligen Ausgaben ein Viertel des für das Jahr 1876 festgestellten Jahresbeitrages mit im Ganzen 92,433 859 M., und bei Kapitel 44 der fortdauernden Ausgaben der Betrag von 10,118,197 M., zusammen der Betrag von 102,552,056 M. hinzu. 2) Dem Etatssoll der Einnahmen und dem Etatssoll der von denselben in Abzug kommenden Ausgaben bei den einzelnen Kapiteln und Titeln unter Kapitel 1 bis einschließlich 4, Kapitel 6 bis einschließlich 8, Kapitel 9 Titel 2 und 4, Kapitel 10 bis einschließlich 12, Kapitel 14 15, 17 und 18 Titel 1 und 2, tritt ein Viertel des für das Jahr 1876 festgestellten Jahresbeitrages mit zusammen 79,350,861 M. hinzu 3) Den Matrikularbeiträgen (Kapitel 20) tritt der Betrag von 23 201,195 M. hinzu, dessen Vertheilung auf die einzelnen Bundesstaaten, vorbehaltlich der gesetzlichen Regelung, durch den Bundesrath erfolgt.

§ 3. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Ausgaben zur Fortsetzung von Bauten (einschließlich der Schiffsbauten), für welche in dem Reichshaushalts-Etat für das Jahr 1876 unter den einmaligen Ausgaben Abschlagsraten von dem veranschlagten Gesammtkostenbedarf ausgebracht sind, in den ersten drei Monaten des Jahres 1877 innerhalb der Grenzen des Kostenanschlages leisten zu lassen. Die hiernach im ersten Vierteljahr 1877 erwachsenden einmaligen Ausgaben sind in den Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1877/78 mit einzustellen.

§ 4. Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur einstweiligen Deckung des im § 3 bezeichneten Ausgabenbedarfs in den ersten drei Monaten des Jahres 1877 Schatzanweisungen bis auf Höhe von zwanzig Millionen Mark auszugeben. Auf diese Schatzanweisungen finden die Bestimmungen der §§ 4 bis 6 des Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des deutschen Reichs für das Jahr 1876, vom 25. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 325) Anwendung.

Dazu beantragen; 1) Abg. v. Ludwig: den Herrn Reichskanzler dringend zu ersuchen, in Zukunft dafür Sorge tragen zu wollen: 1) daß zwischen der alljährlichen Einberufung des Reichstages (Art. 13 der Reichsverfassung) und dem Tage seiner Eröffnung ein Zeitraum von vier Wochen liege; 2) daß die Vorlagen des Bundesraths, insbesondere alle Etatsvorlagen sich vier Wochen vor dem Zusammentritt des Reichstags gedruckt in den Händen der Reichstagsmitglieder befinden. Nur Vorlagen, deren Dringlichkeit später hervortritt, dürften eine Ausnahme machen.

2) Abg. Völk: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß 1) der Beginn des Reichsetatsjahres auf den 1. April oder 1 Mai verlegt, 2) dadurch ermöglicht werde, daß der Reichstag bald nach Neujahr zu berufen sei, und 3) den Reichstagsmitgliedern die Vorlagen des Bundesraths, insbesondere die Etatsvorlagen möglichst schon zu Anfang Dezember mitgetheilt werden.

Ein mit dem § 1 der Vorlage identischer Antrag des Abg. Schmidt (Stettin) wurde zurückgezogen.

Abg. Schmidt (Stettin) führt aus, daß in den meisten europäischen Staaten das Etatsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfalle, aber doch in einigen Staaten, z. B. in England und Dänemark vom 1. April bis 31. März — in Württemberg, Spanien vom 1. Juli bis 30. Juni reiche. Das Motiv für die Verlegung des Etatsjahrs liege ebensoviel im Interesse der Einzelstaaten wie des deutschen Reiches. Der Reichstag solle ebensowohl wie der Bundesrath mit seinen vorbereitenden Arbeiten günstigere Zeit als bisher zur Session erhalten und dadurch die Thätigkeit beider gefördert werden. Auch die Einzelstaaten mit ihren gesetzgeberischen Körpern wünschten eine Kollision der Sitzungen zu vermeiden — ihre Etats rechtzeitig fertig zu stellen, ohne erst Vollmacht zu außeretatsmäßigen Ausgaben zu erlangen, das deutsche Reich müsse als das größere Ganze aber den

Interimstheater.

Die Vorstellung am Sonntag gehört unstreitig zu den besten, welche die Saison geboten hat, und es ist deshalb zu bedauern, daß trotz des Sonntags der Zuschauerraum große Lücken aufwies. Das historische Lustspiel in 5 Akten „Drei Buchstaben" von Otto Girndt ist entschieden hübsch und auch von literarischem Werth. Bekanntlich hat Scribe zuerst den Versuch gemacht, große historische Ereignisse auf kleine Ursachen zurückzuführen, das Publikum hinter die Coulissen der Weltbühne blicken zu lassen. Ist's auch nicht immer wahrscheinlich, so ist's doch interessant, und darauf kommt es bei Theaterstücken in erster Reihe an.

„Drei Buchstaben" steht ganz und gar auf Scribeschem Boden. Das Stück spielt im November 1700 zu Wien und seinen Angelpunkt giebt das Verlangen des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg, vom Kaiser Leopold die Anerkennung der Königswürde von Preußen zu erhalten. Der zu Wien residirende brandenburgische Gesandte Bartholdi erhält in einer chiffrirten Depesche den Auftrag, die Realisirung jenes Wunsches eifrig zu fördern, und namentlich den Jesuiten Pater Wolff mit Vorsicht zu vermeiden. Der Legationssekretair Mörlin, der die Depesche dechiffrirt, ist durch Liebesgedanken zerstreut und wird außerdem durch den Eintritt der Geliebten in seiner Arbeit gestört, so daß er anstatt „vermeiden" — verwenden übersetzt. Natürlich sucht nun der Gesandte den Jesuiten für die Sache des Kurfürsten zu gewinnen, was ihm auch durch einige geschickte Manöver gelingt. Dieser Pater Wolff, von Haus aus ein Baron Lüdingshausen, ist nämlich die einflußreichste Person am Hofe des Kaisers Leopold, die vermöge ihrer geistigen Ueberlegenheit den gesammten politischen Apparat beherrscht. Der Schreck, der den Gesandten befällt, als er sich am Ziel glaubend, entdeckt, daß er infolge jenes Dechiffrirfehlers gerade das Gegentheil von dem gethan hat, was der Kurfürst wünschte, ist natürlich groß. Glücklicherweise aber sind die Fäden der von dem Pater Wolff angelegten Intrigue schon so verworren, daß ein schlimmer Ausgang nicht nur nicht zu befürchten steht, sondern jener Fehler sich sogar als ein großes Verdienst erweist.

Das alles ist sehr geschickt und amüsant in Szene gesetzt. Wenn man auch von vornherein den Ausgang kennt — und das ist bekanntlich bei jedem historischen Stoffe von irgend welcher Bedeutung der Fall — so interessirt doch der Fortgang und die Lösung der Verwicklung entschieden. Otto Girndt versteht es, die Theilnahme des Publikums nicht nur zu erregen, sondern auch, sie von Akt zu Akt zu steigern.

Die Vorstellung war trefflich vorbereitet und ging glatt von Statten. Von den Mitwirkenden ist zuerst Herr Groth zu nennen, der den Pater Wolff ganz vortrefflich darstellte und dafür lebhaften, oft wiederholten Beifall erntete. Es wird für die Künstler immer schwieriger, Jesuiten zu spielen, weil sie schon gar zu oft auf der Bühne erschienen sind und das Publikum diesen Gestalten von vornherein Antipathie entgegenbringt. Pater Wolff gehört nun freilich nicht zu den üblichen Theaterjesuiten. Otto Girndt hat ihn sehr liebenswürdig gezeichnet — und Herr Groth hat ihn sehr liebenswürdig gespielt. Man konnte ihm wirklich glauben, daß er am wiener Hofe allmächtig sei. Die Herren Winguth (Bartholdi), Brose (Erlach), Herr (Mörlin) und Theiß (Sinzendorf) machten sich durch recht charakteristische Wiedergabe ihrer Rollen verdient. Die Damen Herwegh (Comtesse Therese) und Wilke (Anna Bartholdi) vertraten die adlige und bürgerliche höhere Damengesellschaft in sehr ansprechender Weise.

E.

Polnisches Theater.

Mehr und mehr gewinnt das deutsche Schauspiel an Einfluß auf der polnischen Bühne, während die Letztere in früherer Zeit mit französischen Sensationsstücken überschwemmt war und nur selten mit einem deutschen Drama hervorzutreten wagte. Daß dieser Richtung, welche auch die Direktion des hiesigen polnischen Theaters eingeschlagen hat, das Verständniß des polnischen Publikums nicht fehlt, beweist die Aufführung von „Emilia Galotti", die am Sonnabende vor einem stark gefüllten Hause stattfand. Die Uebersetzung des Lessingschen Trauerspiels von S. Staszewski können wir allerdings nicht mustergültig nennen; doch ist nicht zu übersehen, daß selbst beim besten Willen einzelne Schlagworte, bei denen es auf den Ton, auf eine Silbe ankommt, nicht genau wiedergegeben werden können. Diesen Maßstab müssen wir auch an die Staszewskische Uebersetzung legen, wenn uns hier und da etwas nicht ganz der Lessingschen Auffassung zu entsprechen schien. Die Regie des Theaters hatte nach unserer Meinung von vornherein einen Fehler begangen, indem sie die Handlung des Stücks in das 17. Jahrhundert verlegte und demgemäß auch die Kostüme vertheilt waren, während die Lessingsche Tragödie bekanntlich den Absolutismus der kleinen Fürstenhöfe im 18. Jahrhundert in greller Weise beleuchten will. Wenn auch die Aufführung einzelnen Kräften Gelegenheit bot, sich in wirklich künstlerischer Weise zu produziren, wie Herrn Terenkoczy als Hektore Gonzaga und der Benefiziantin Frau Terenkoczy als Emilia Galotti, so ließ uns die Rolle des Marinelli nur zu deutlich die Lücke wahrnehmen, die bei dem polnischen Theater seit dem Abschiede des Herrn Rychter entstanden ist. Herr Siedlecki suchte ihn vergebens zu ersetzen. Statt den hinterlistigen, kriechenden und gewissenlosen Höfling zur Darstellung zu bringen, machte sein Marinelli auf uns mehr den Eindruck eines wohlwollenden Charakters, im dritten Akt versuchte er es wenigstens, das Gegentheil durchblicken zu lassen. Herr Nawarski, der den Odoardo Galotti in anerkennenswerther Weise spielte, hätte sich mehr für die Rolle des Marinelli geeignet und es ist uns unbegreiflich, warum Herr Nawarski und Herr Siedlecki gerade diesmal ihr Rollenfach vertauscht haben. Die Gräfin Orsina war durch Frl. Henemann in genialer Weise vertreten, wenn wir auch dem Spiel derselben etwas mehr Feuer und Leidenschaftlichkeit gewünscht hätten. Frau Nawarska als Klaudia hatte ihre Rolle nicht mit dem völligen Verständniß aufgefaßt, dagegen gab Herr Łucyan den Grafen Appiani ganz im Geiste Lessings. Herr Nowakowski spielte mit vielem Geschick, soweit als ihm

Vorzug haben, Preußen und die übrigen Einzelstaaten hätten sich unterzuordnen.

Abg. Lucius (Erfurt): Die Vorlage kommt den Wünschen wohl des größten Theils dieses Hauses entgegen, und wird dadurch, daß sie uns eine Etatsberathung erspart, ausreichende Zeit für eine gründliche Berathung der Justizgesetze schaffen. Die konstitutionellen Bedenken gegen die Verlängerung des jetzigen Etats werden durch das Präzedens des preußischen Landtags beseitigt, der das gleiche Verfahren wie das hier beantragte beobachtet hat.

Abg. Lasker: Die von uns schon im preußischen Abgeordnetenhause geltend gemachten Gründe für die Verlegung des Etatsjahres auf den 1. April sind auch für das Reich maßgebend. Wir wünschen, daß wir nicht gezwungen werden, entweder das Etatsgesetz sehr schleunig zu behandeln, oder der Verfassung wirklich nicht Folge zu geben, und wir wünschen, daß der Etat ohne Ueberstürzung vor dem Anfang des Etatsjahres fertig werde. Im Reich ist noch mehr Veranlassung dazu, weil die Einzelstaaten durch das Etatsjahr des Reiches beeinflußt werden. Ich erkläre im Namen meiner Freunde, daß wir durch die Annahme des § 1 keineswegs die Frage entscheiden wollen, wann der Reichstag einberufen werden soll. Ich glaube nicht, daß das Reich berechtigt ist, aus Bequemlichkeitsgründen die Zeit so zu wählen, daß die übrigen Staaten in die größten Unzelegenheiten dadurch kommen, beinahe zu Veränderungen ihrer Verfassung oder, wie offiziell angedeutet wurde, zur inkonstitutionellen Einführung von Zwischenkommissionen — hierauf nämlich ist Preußen verwiesen worden. Bei der regelmäßigen Einberufung des Reichstages im Januar würde beispielsweise in Preußen die Etatberathung gar nicht mit Erfolg stattfinden können, weil sich ohne vorherige Festsetzung der Matrikularbeiträge die Bedürfnisse gar nicht übersehen lassen. In Preußen müßte der Landtag also jährlich zwei Mal zusammentreten, woraus sich allerlei Unzuträglichkeiten ergeben würden. Das Alles sind technische Bedenken, die bei § 1 gar nicht in Betracht kommen. Diejenigen, welche sich über das Etatsjahr aussprechen wollen, werden bei der Diskussion der Anträge Ludwig und Völk dazu Gelegenheit haben. Den übrigen Paragraphen der Vorlage können wir aus vielen Gründen dagegen und keinem dafür nicht zustimmen. Dem Reichstag wird zugemuthet, seine Hauptthätigkeit für eine Session aufzugeben. Die nächste Session würde die Bedeutung einer Finanzsession gänzlich verlieren. Zweitens würden wir nach Annahme der §§ 2–4 der Vorlage keine Sicherheit haben, daß wir eine nochmalige ordentliche materielle Session des Reichstages erleben werden. Ich spreche nicht von den heutigen Intentionen der Regierung, aber in der Politik soll man niemals ohne Noth eine Entscheidung aus den Händen geben. Wenn auch die Regierungen verfassungsmäßig selbst nach Annahme dieser Paragraphen, sofern wir nicht aufgelöst werden, gezwungen sind, uns noch einmal zu berufen, weil die Verfassung für jedes Jahr eine ordentliche Session erfordert, so würde doch dem genügt sein, wenn wir vielleicht im Dezember 1877 zusammen berufen und in einigen Tagen wieder nach Hause geschickt würden. Wenn von dem Abg. Lucius gesagt wurde, die Justizgesetze bekämen dadurch, daß diese Arbeit aus der Welt geschafft würde, Raum zu einer größeren Berathung, so lege ich hierauf ein sehr geringes Gewicht, denn ich glaube, die große Mehrheit des Hauses wird darüber mit mir einig sein, daß diese Justizgesetze entweder im Ganzen annehmbar aus der Kommission kommen oder nicht zu Stande kommen. Nur einzelne isolirte Punkte politischen Inhalts können zur Entscheidung des Reichstages kommen. Nimmt der Reichstag ein einziges der verwickelten Fundamente aus den Justizgesetzen heraus, so ist jede Aussicht verloren, im Plenum mit solchen Gesetzen zu Stande zu kommen. Der Nutzen, einige Wochen mehr für die Justizgesetze zu bekommen, ist also nur ein scheinbarer. Wir können aber die Justizgesetze nicht aus Mangel an Zeit erdrücken lassen, die Regierung muß uns so früh vor dem Ende der Legislaturperiode einberufen, daß sie ein Budget mit uns vereinbaren kann. Während der Zeit können die Verhandlungen über die Justizgesetze praktisch zu Ende geführt werden, ohne daß uns die Alternative gestellt wird, acht Tage früher fertig zu werden, oder ohne Erledigung nach Hause zu gehen. Kommen die Justizgesetze in der nächsten Session nicht zu Ende, so müssen wir in der nächsten Legislaturperiode die Sache von vorne anfangen und stehen vor der Alternative, die Sache en bloc anzunehmen, oder sie ins Unendliche zu verschleppen, das kann nicht zum Wohle des Reiches gereichen. Weshalb soll also der Reichstag sein nothwendiges verfassungsmäßiges Compelle ganz aus Händen geben, damit die Regierung später nach Bequemlichkeit verfahren kann. Welche Motive immerhin heute hier entwickelt werden mögen, später kann immer gesagt werden, die damals angeführten Begründungen sind nicht mehr auf den Thatsachen beruhend und deswegen gehe man von dem früheren Plane ab. Dagegen scheint es mir ganz einfach: Wir geben unsere Zustimmung, daß das Etatsjahr erst im April des nächsten Jahres beginne. Sobald wir in der nächsten Session zusammenberufen werden, hat die Regierung die Wahl, entweder uns einen Etat auf fünf Vierteljahr berechnet vorzulegen bis zum Jahre 1878 oder den Etat nur vorzulegen für das nächstfolgende Jahr, dagegen die Verlängerung, welche Sie heute wollen, in einem Spezialgesetze aussprechen zu lassen, oder endlich die Verlängerung im Ganzen dem zukünftig gewählten Reichstag zu überlassen. Ich spreche mich über alle diese Wege heute nicht aus. Wir werden, nachdem wir den Beschluß der Verlängerung gefaßt haben, bei der dritten Lesung wahrscheinlich in einem besonderen Antrage Gelegenheit finden, uns darüber auszusprechen, welche der Methoden der Reichstag für erwünscht hält. Persönlich wünsche ich, daß für die nächste Session eine volle Etatsberathung in Aussicht genommen werden möge. Dagegen sehe ich nur Gründe gegen die Vorschläge, die uns zum § 2–4 gemacht worden sind und keineswegs als eine nothwendige Folge aus dem § 1 die Verlängerung derjenigen Vollmacht, welche die Regierung zu den Ausgaben und Einnahmen fordert und die in den nachfolgenden Paragraphen verlangt werden. Wir werden deshalb in der zweiten Lesung für § 1 stimmen, die übrigen Paragraphen als unzusammenhängend ablehnen, und behalten uns vor, die Frage, wie mit dem Etat in der nächsten Session verfahren werden soll, selbstständig noch zur Erörterung zu bringen.

Präsident Delbrück: Der Vorredner hat die Verlängerung des Etatsjahres getrennt von der Frage des Beginnes der Reichstagssessionen. Ich kann ihm um so mehr beitreten, als die Berufung des Reichstages ein ausschließliches Recht Sr. Majestät des Kaisers ist. Indessen muß ich bezeugen, daß zu der Vorlegung des Entwurfs wesentlich auch die Absicht mitgewirkt hat, den Reichstag regelmäßig im Januar zu berufen. Die Vorlage muthet dem jetzigen Reichstag allerdings zu, auf eine Etatsberathung zu verzichten, aber bei der Verlegung des Etatsjahres muß entweder der jetzige Reichstag auf eine Etatsberathung verzichten oder dem künftigen eine Etatsberathung entzogen werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man nicht völlig bedeutungslos dem im Januar 1877 neu zusammentretenden Reichstag den Etat für das erste Quartal 1878 vorlegen wollte. Unser Antrag ist nicht aus Mißtrauen in die Einsicht und den Patriotismus des jetzigen Reichstags entsprungen, sondern aus materiellen Gründen. Wir gehen nicht blos davon aus, daß eine nochmalige Berufung des Reichstags im laufenden Jahre stattfinden wird, weil sie stattfinden muß, wir verlangen auch nicht, daß Sie uns blind vertrauen — ich stelle nicht gern Vertrauensfragen — aber fragen Sie einfach das gegenseitige und insbesondere unser Interesse. Wir haben durch die Theilnahme an den Berathungen der Justizkommission bewiesen, daß wir die Justizgesetze nicht vorgelegt haben, um einem formellen Engagement zu genügen, sondern weil es unser Ernst ist, mit Ihnen diese Gesetze zu Stande zu bringen, und daß wir deshalb den Reichstag in diesem Jahre so berufen werden, daß er volle Zeit hat, diese wichtigen Gesetze zum Abschluß zu bringen. Die Unterstellung des Vorredners, diese Berathung würde relativ sehr wenig Zeit in Anspruch nehmen, ist ungemein zweifelhaft; die Berathung wird höchst wahrscheinlich große Diskussionen veranlassen (Sehr richtig!) Dazu werden noch die Rechnungsgesetze, welche jetzt nicht erledigt werden können, hinzutreten und endlich ist die Wiedereinberufung des Reichstages nach Weihnachten unmöglich, weil sein Mandat mit dem 10. Januar abläuft. Alle diese Erwägungen haben uns dazu geführt, daß es im Interesse des Reichstages liegt, die nächste Session von der Etatsberathung zu entlasten. Ich glaube nicht, daß der Vorredner die Justizgesetze mit dem Etat hat in Zusammenhang bringen wollen. Ist das aber der Fall, so glaube ich, daß dem Reichstage die volle Zeit für die Berathung und den Abschluß der Justizgesetze gewährt werden wird und mehr als das. Ich will zugeben, daß es faktisch möglich ist, den Etat für ein oder 1½ Jahr in einer Herbstsession durchzuberathen. Wir werden, wenn es nicht zu vermeiden ist, das unserige thun, den Etat so früh vorzulegen, als es eben geht, aber nach den gemachten Erfahrungen kann ich keine Zusage übernehmen, daß der Etat früher vorgelegt werden wird, als diesmal und ich stelle es Ihrer Erwägung anheim, ob es im Interesse des Reichstags und der Regierungen liegt, die Berathung der Justizgesetze durch die Etatsberathung zu durchkreuzen. Es giebt in der That Gründe für die von uns vorgeschlagene Regulirung, die in der That sehr wohl Erwägung verdienen.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn ich auch zugeben muß, daß die Regierungen ein großes Interesse haben mögen, die Justizgesetze in dieser Legislaturperiode zum Abschluß zu bringen, so weiß ich doch nicht, ob nicht das politische Interesse überwiegen muß, einen anderen Reichstag zu haben. Natürlich ist der Präsident des Reichskanzleramtes nicht in der Lage, eine solche Erklärung abzugeben. Ich wäre vielleicht geneigt, in der nächsten Legislaturperiode den hier vorgeschlagenen Mittelweg zu gehen, aber gegenwärtig kann ich mich aus den vorher angegebenen Gründen nicht dafür entscheiden und komme damit zur Ablehnung des ganzen Gesetzes. So lange die Einzelstaaten noch nicht verschwunden sind — wie lange sie noch dauern werden, weiß ich nicht; gewiß aber nicht mehr lange, wenn die Eisenbahnpläne durchgehen (Heiterkeit) — werden wir zu einem erträglichen Zustande nicht gelangen, wenn wir nicht zweijährige Budgetperioden haben, so daß das Reich in dem einen, die Einzelstaaten in dem anderen Jahre ihre Geschäfte mit Ruhe abwickeln können. Damit würden auch die Regierungen Zeit gewinnen, ihre Gesetze ordentlich präpariren, denn es läßt sich nicht leugnen, daß es nicht rathsam ist, die heutige Gesetzmacherei fortzusetzen, wo der Bundesrath erst über die vorzulegenden Gesetze Beschluß faßt, nachdem der Reichstag bereits berufen ist. Ob nun die Justizgesetze in das Plenum dieses oder eines späteren Reichstages gelangen werden, jedenfalls werden die Beschlüsse der jetzigen Kommission die Grundlage bilden müssen. Daß es wünschenswerth ist, damit baldigst zu Ende zu kommen, verkenne ich nicht, und will was in meinen Kräften steht dazu beitragen.

Abg. Richter (Hagen): Es ist unrichtig, daß die Dauer unserer Reichstagssessionen von den zu ausgedehnten Budgetverhandlungen herrührte. Diese haben nur einen kleinen Theil der Plenarsitzungen in Anspruch genommen. Die Länge unserer Sessionen ist vielmehr eine Folge der Neugestaltung des Reiches, der vorangegangenen Reaktionszeit, in welcher die Gesetzgebung eingeschlafen war, so daß Reformgesetze auf allen Gebieten dringlich waren und nicht verschoben werden konnten, und nicht zum wenigsten auch eine Folge der Ausdehnung, welche die Reaktionsversuche der Reichsregierung neuerdings gewonnen haben. Hätte man aus der Strafgesetznovelle von vornherein Alles ausgeschieden, was auf Annahme im Reichstage nicht zu rechnen hatte, hätte man uns nicht mit ganz unnützen und unnöthigen Steuervorlagen behelligt, so hätte die Session leicht vor Weihnachten geschlossen werden können. (Zustimmung links.) Wenn diese überflüssigen Vorlagen nicht im nächsten Herbste wiederkehren und die Reichsregierung die ihr von uns für die Finanzvorlagen gegebenen Fingerzeige benutzt, so halte ich den Schluß der künftigen Herbstsession vor dem 1. Januar 1877 nicht für schwierig, und es erübrigt uns dann noch immer der Ausweg, den Etat für das Quartal des Jahres 1877 festzustellen. Ich will bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß hier ganz nebenbei die Matrikularbeiträge um 5½ Millionen Mark, d. h. um 30 Prozent erhöht werden. (Hört! links) Jedenfalls werden wir die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel besser im Herbst als heute beurtheilen können. Abgesehen davon sprechen alle die politischen Erwägungen, welche bereits Abg. Lasker gegen den § 2 vorgebracht hat, gegen dessen Annahme. Ueberhaupt sehe ich ein wirkliches Bedürfniß zu dem Gesetze nicht ein; ich halte es für wohl möglich, die Herbstsession des Reichstages vor dem 1. Januar zu schließen, wenn man den Reichstag bereits im Oktober beruft und die Herren Bundesräthe sich entschließen, ihre Sommerfrische etwas abzukürzen. Was sie gegenwärtig an Zeit vor der Einberufung des Reichstages gewinnen, verlieren sie ja doch wieder als Minister der Einzelstaaten. Nun weiß ich freilich nicht, ob es nicht gerade den Neigungen einer einzelnen Person entspricht, erst Ende November nach Berlin zu kommen (Heiterkeit), aber danach können wir uns doch nicht richten. Auf alle Fälle müßte die Verlegung des Etatsjahres für das Reich auch eine Verlegung des preußischen Etatsjahres zur Folge haben, weil ein Auseinanderfallen beider meines Erachtens technisch unmöglich ist. Ich will daher dem § 1 der Vorlage nicht widersprechen, bitte aber § 2 und die folgenden Paragraphen der Vorlage abzulehnen.

Geheimrath Dr. Michaelis: Ich könnte den Einwand, daß man eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um ca. 5½ Millionen für das erste Quartal des Jahres 1877 nicht vor dem Herbst bewilligen dürfe, leicht mit der Bemerkung entkräften, daß wenn man 5½ Millionen Mark Ueberschüsse des Jahres 1875 in den Etat für das erste Quartal von 1877 statt der Erhöhung der Matrikularbeiträge einstellen würde, diese eben für die nächsten drei Quartale nicht mehr vorhanden, also auch nicht verfügbar wären.

Abg. v. Kardorff kann der Ausführung des Bundeskommissars nur beitreten und wird deshalb für den § 2 des Gesetzes stimmen. Hätte der Reichskanzler wirklich ein politisches Interesse daran, den Reichstag aufzulösen, wie Abg. Windthorst annimmt, so würde ihn die Berathung der Justizgesetze daran nicht hindern. Die Ansicht Lasker's, daß der Reichstag die letzteren en bloc annehmen werde, kann der Redner nicht theilen.

Hiermit schließt die erste Berathung. Persönlich verwahrt sich Abg. Lasker dagegen, daß er von der Enbloc-Annahme der Justizgesetze gesprochen. Man tritt sofort in die zweite Lesung, in welcher die Anträge Völk und v. Ludwig gemeinsam mit § 1 diskutirt werden.

Abg. Völk: Der erste Punkt meines Antrages ist durch die Regierungsvorlage erledigt. Was die Einberufung des Reichstages nach Neujahr anlangt, so rechtfertigt sie sich durch die Thatsache, daß Niemand, der bis in den Juli hinein oder noch über denselben hinaus gearbeitet, unmöglich Anfangs September oder im Laufe desselben wieder anfangen kann. Sonach können auch die Reichstage die erforderlichen Vorlagen noch nicht Anfangs Oktober vorgelegt werden. Auch ist man nach Neujahr weit leichter abkömmlich, als vom Oktober bis zu Neujahr, weil alle Welt um diese Zeit mit dem Jahresabschluß zu thun hat. Die Einzelstaaten haben sich in dieser Frage dem Reichstage anzubequemen und können es auch ganz gut thun. Daß die Justizkommissionsarbeiten en bloc werden angenommen werden, glaube ich auch nicht, aber so viel ich sicher, daß, wenn man sich nicht im Plenum auf die Erörterung von Nebenfragen beschränkt, sondern an den Prinzipien rüttelt, die ganze Arbeit verloren ist. Das muß sich sogleich am Anfang der Berathungen zeigen. Eine neue Justizkommission würde nicht so leicht an die Vorarbeiten der jetzigen anknüpfen können, schon weil schwerlich viele der alten Kommissionsmitglieder sich würden hineinwählen lassen, denn wer einmal Mitglied einer solchen Kommission gewesen ist, der weiß, wie dies in seine persönlichen, Familien- und Gesundheitsverhältnisse eingreift. Ich hätte gegen 2jähr. Finanzperioden nichts zu erinnern, wenn wir 4jähr. Legislaturperioden hätten, was mir allerdings empfehlenswerth erscheint zur Beruhigung des fieberhaften Zustandes, in welchen wir durch das viele Wählen hineingerathen sind. (Zustimmung rechts.) Wenn Herr Windthorst wieder einmal von dem baldigen Untergange der Einzelstaaten gesprochen hat, so finde ich eine solche Prophezeihung nicht schön in dem Munde eines Mannes, der angeblich sich so viel Mühe giebt, sie zu erhalten. Zeige er uns doch einmal den, welcher ihnen nach dem Leben strebt! So lange er das nicht kann, möchte ich ihm Namens der Einzelstaaten mit dem alten Sprüchworte antworten: Bange machen gilt nicht!

Abg. v. Ludwig: Die Vorlegung der Gesetze wird heute in einer Weise betrieben, daß Niemand weiß, was kommen wird; er muß auf Alles vorbereitet sein, Alles kennen und verstehen, kurz er muß Mädchen für Alles sein. (Heiterkeit.) Unsere Volksvertreter zerfallen in drei Kategorien: Erstens solche, die den Parlamentarismus zu ihrer Lebensaufgabe machen, außerordentlich viel verstehen in allen Gesetzen Sachverständige sind — und doch passirt es diesen hochberühmten Leuten, daß sie hin und wieder einen argen Bock schießen. (Heiterkeit.) Die Herren von der zweiten Kategorie kommen heiter und lustig mit vollen Taschen nach Berlin; sie haben anscheinend eine

---

überhaupt die kleine Rolle als Maler Konti dazu Gelegenheit geben konnte. Wenn auch die störenden Momente in der Aufführung nicht spurlos an dem Publikum vorübergehen konnten, so machte dieselbe doch als Ganzes den besten Eindruck und erntete reichen Beifall. Besonders bemerkenswerth ist, daß der Aufführung ein sichtliches Studium von Seiten der meisten Darsteller vorangegangen war. H.

Die Thürme des Schweigens.

Ueber die aus Veranlassung der indischen Reise des Prinzen von Wales mehrfach erwähnte Ruhestätte der Parsen zu Bombay, die Thürme des Schweigens, giebt Herr Monier Williams, Professor der Sanskritsprache zu Kalkutta, dem seine Bekanntschaft mit einflußreichen Parsen Zutritt zu der gewählten Stätte verschaffte, eine ausführliche Schilderung, der das Folgende entnommen ist:

Die Parsen sind Nachkommen der alten Perser, die vor den mohamedanischen Eroberern aus der Heimath flohen und sich zuerst, vor etwa 1100 Jahren, in Surat niederließen. Nach der letzten indischen Volkszählung leben ihrer kaum 70,000 in dem großen Reiche, theilweise über das ganze Land zerstreut; die meisten jedoch wohnen in der Präsidentschaft Bombay und in Guzerat, nicht viel weniger als 50,000 in der Hauptstadt Bombay selbst. Durch Bildung und Unternehmungsgeist stehen sie unter allen Bewohnern Indiens den Europäern am nächsten; fast jeder erwachsene Parse in Bombay spricht flüssig englisch, und in all ihren Schulen wird die Sprache des herrschenden europäischen Volkes gelehrt. Ihre Religion wird, trotz ihres philosophischen Dualismus und der Anbetung des Feuers und der Elemente, der sichtbaren Darstellung der Gottheit, als wesentlich monotheistisch oder vielmehr pantheistisch bezeichnet und hat sich in ihrer ursprünglichen Reinheit erhalten, wie Zoroaster, sie gelehrt hat und wie sie im Zend Avesta niedergelegt ist. Mit ihren Todten verfahren sie in ganz einziger Weise und kein anderes Volk hat ähnliche Bräuche aufzuweisen.

Auf dem Gipfel des Malabarhügels, einer reizenden Anhöhe an der Bay von Bombay, wo die Europäer und die wohlhabenden Eingebornen ihre Wohnungen haben, stehen, inmitten eines wundervollen Gartens, die Dakmas oder Thürme des Schweigens, die Todtenstätte der Parsen. Der geweihte Bezirk ist für alle Nicht-Parsen streng abgesperrt, und nur selten gelingt es einem Europäer, Erlaubniß zu dessen Besuch zu erhalten. Blüthenreiches Strauchwerk, Cypressen und Palmen, die volle Schönheit des tropischen Pflanzenwuchses vereint mit der sorgfältigsten Pflege, machen den Ort zum Ideal einer stillen, geheiligten Ruhestätte. Ueber die Thürme des Schweigens ragen die drei Sagris oder Gebetshäuser empor, in deren größtem das heilige Feuer brennt, das einmal angezündet und geweiht, nicht mehr verlischt, sondern Tag und Nacht mit Weihrauch und wohlriechendem Sandelholz genährt wird. Auf der Terrasse des Gebetshauses genießt der Beschauer die Aussicht über das halb zwischen Kokospalmen versteckte Bombay, den wimpelreichen Hafen, die im Sonnenlichte glänzende Bay, ein Anblick, wie er auf dem ganzen Erdenrunde nicht wohl herrlicher gefunden werden kann. Die Thürme des Schweigens, fünf an der Zahl, verdienen kaum Thürme genannt zu werden. Sie sind bloße runde Massen von Mauerwerk, stark genug, um Jahrhunderte zu überdauern, aus hartem schwarzen Granit aufgeführt und mit einer glänzend weißen Steinart rings überzogen. Der größte unter den fünf Thürmen ist kaum 25 Fuß hoch und mißt im Durchmesser etwa 40 Fuß. Der älteste wurde vor 200 Jahren gebaut, als sich die ersten Parsen in Bombay niederließen. Bis ungefähr zur Hälfte ihrer Höhe sind die Thürme massiv aufgebaut, bilden also einen 12 bis 14 Fuß hohen Zylinder, der etwa 40 Fuß im Durchmesser hat. In der Mitte des Zylinders ist eine etwa 6 Fuß weite Oeffnung; diese führt zu einer kellerartigen Höhlung unter dem Mauerwerk, und von hier verlaufen in rechten Winkeln vier Abzugsgräben aus, deren Mündungen mit Holzkohle ausgefüllt sind. Auf der Oberfläche des massiven Unterbaues aber, rings um die schachtartige Oeffnung sind in drei Reihen 72 Mulden mit Ablaufrinnen gegen die Oeffnung angebracht. In diese Mulden werden die Leichen der Parsen gelegt; außer den Leichenträgern betritt Niemand den schauerlichen Raum, Niemand darf den Thürmen selbst sich nähern. Ueber dem Unterbau erhebt sich rings eine Umfassungsmauer. Auf dieser sitzt, unbeweglich wie aus Stein gebauen, ein Kranz von gierigen Geiern, die Köpfe nach innen gegen die Mulden gerichtet.

Da naht sich ein Leichenzug. Die Leidtragenden bleiben hinter den Trägern zurück, und auf 30 Fuß von einem der Thürme angekommen, machen sie Halt und verlassen die geliebte Leiche, um im Gebeth ihre Todtenandacht zu verrichten. Die Träger aber legen den Todten, je nach Alter und Geschlecht, in einer der drei Muldenreihen nieder und ziehen sich schleunig mit der leeren Bahre und dem Leichentuch zurück. Inzwischen hat die unbewegliche Ruhe der Geier einer wüthenden Aufregung Platz gemacht. Von allen Seiten, von den nächsten Bäumen, von den anderen Thürmen kommen sie herbeigeflogen, und kaum haben sich die Träger aus dem Thurm entfernt, noch ist der Eingang nicht wieder verschlossen, und schon stürzt sich ein Schwarm der gefräßigen Vögel hinab auf die menschliche Leiche. Es verfließt nur kurze Zeit, ehe sie gesättigt auf ihre alten Sitze und zu ihrer früheren apathischen Ruhe zurückkehren. Von dem Todten ist nur das Skelet übrig geblieben. Ein paar Wochen später wird dasselbe in die Oeffnung geworfen, die inmitten der Todtenmulden angebracht ist. Hier finden die Gebeine der Parsen ihre letzte Ruhestätte und hier vermischt sich der Staub von Generationen. Ein solches Begräbnißsystem muß dem Europäer Abscheu einflößen. Der Gedanke allein an die mit Menschenfleisch gefütterten Geier erregt Ekel und Grauen. Aber würde dem Parsen die europäische Weise, die Todten zu behandeln, weniger widerlich erscheinen? Lassen wir den vornehmen Parsen selber sprechen, der den Professor Monier Williams bei seinem Besuche der Dakmas begleitete: „Unser Prophet Zoroaster, der vor 6000 Jahren lebte, lehrte uns die Elemente als Symbole der Gottheit betrachten. Erde, Feuer, Wasser, sagte er, sollte nie, unter keinen Umständen, durch die Berührung mit faulendem Fleisch geschändet werden. Nackt kamen wir in die Welt und nackt müssen wir sie verlassen. Aber die zerfallenden Theile unserer Leiber sollten so schnell als möglich zerstreut werden und in einer solchen Weise, daß weder Mutter Erde, noch die Wesen, welche sie trägt, im geringsten dadurch befleckt würden. In der That, unser Prophet war der größte Gesundheitsbeamte, und seinen Vorschriften folgend, bauen wir unsere Thürme auf den Höhen der Hügel, über allen menschlichen Wohnungen. Wir sparen keine Ausgabe, um sie aus dem härtesten Material herzustellen, und wir legen die verwesenden Leichname in offene Steingefäße, die auf einer 14 Fuß dicken Unterlage von festem Granit ruhen, nicht gerade damit sie von Geiern gefressen, sondern damit sie so schnell als möglich vernichtet werden und ohne Befleckung der Erde oder eines darauf lebenden Wesens. Gott sendet die Geier, und diese Vögel verrichten ihr Werk viel schneller als Millionen von Würmern thun würden, wenn wir unsere Todten der Erde übergäben. Mit Rücksicht auf die Gesundheit der Lebenden kann nichts Besseres erdacht werden als unser System. Sogar das Wasser, welches unsere Skelette auswäscht, wird in Abzugsgräben durch reinigende Kohle geleitet. Hier in diesen fünf Thürmen ruhen die Gebeine aller Parsen, die seit 200 Jahren in Bombay gelebt haben. Wir sind vereint im Leben und vereint im Tode. Sogar die Höchsten von uns freuen sich bei dem Gedanken, daß sie nach ihrem Tode mit den Aermsten und Niedrigsten aus der Pfarrgemeinde vollkommen gleich gestellt werden. (Köln. Ztg.)

---

* **Magdeburg,** 5. Februar. Heute Morgen kurz nach 3 Uhr brach in der Kramer'schen Porzellanfabrik, in der Kameelstraße, Feuer aus, durch welches das vier Etagen hohe Fabrikgebäude gänzlich zerstört wurde. Menschen sind glücklicher Weise dabei nicht verunglückt. Ueber die Entstehung des Feuers ist noch nichts festgestellt.

---

* **Weimar,** 1. Februar. Dank den eingreifenden Maßregeln, welche zur Bekämpfung der Epidemie in Frankenheim getroffen worden sind, scheint ein Stillstand in der Entwickelung der Krankheit eingetreten zu sein. Zwar werden noch neue Erkrankungsfälle gemeldet, doch sind dieselben weniger zahlreich und hat namentlich die Sterblichkeit unter den Kranken sehr nachgelassen. Durch den reichen Ertrag der Sammlungen sind die zur Verpflegung der Kranken und Erhaltung der Lazarethe erforderlichen Mittel beschafft; es steht sogar zu erwarten, daß ein Ueberschuß verbleibt, welcher wohl am besten unter staatlicher Aufsicht in dauerndem Interesse des schwer heimgesuchten Ortes zu verwenden sein wird.

sehr rasche Auffassungsgabe, eine kurze Besprechung genügt, um ihnen die schwierigsten Dinge klar zu machen, und ein bloßer Wink, um ihnen zu zeigen, wie sie zu stimmen haben (Heiterkeit.) Ich gehöre zur dritten Kategorie, nämlich zu denen, die (auf den Kopf deutend) ein bischen langsam denken. (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung.) Sie halten sich für verpflichtet, sich alle Dinge nach Kräften zurecht zu machen und dann nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. Ich glaube, die Mehrzahl von uns gehört dieser Kategorie an. Derselben wird aber die Arbeit außerordentlich schwer gemacht, wenn die Gesetzgebung so wie jetzt gehandhabt wird. Gesetze sollen klar, für Jedermann verständlich und ohne innere Widersprüche sein; statt dessen wüßte ich kaum ein neueres Gesetz, das frei von Kontroversen wäre. Konsultirt man einen Rechtsgelehrten, so eilt er nach seinem Bücherschrank, um sich eine Meinung zu bilden, er liest, und nicht lange währt es, da stoßen ihm neue Zweifel auf; endlich hat man zwischen sich und ihm einen Haufen Bücher liegen, und ist so klug wie vorher. (Heiterkeit.) Wenn das schon für den Gebildeten schwer erträglich ist, so ist es für den Ungebildeten, armen Mann geradezu unerträglich. Kein Mensch vom Landrath zum Gendarmen herunter weiß noch, was Rechtens ist. (Heiterkeit.) Wir haben in Preußen ein Gesetz . . . . (Unterbrechung; zur Sache!)

Vizepräsident Dr. Hänel erklärt, daß die Kritik eines preußischen Gesetzes nicht zur Sache gehöre und ersucht den Redner, sich mehr an den Gegenstand seines Antrages zu halten.

Abg. v. Ludwig (fortfahrend): Dann will ich mich auf die Kritik unserer eigenen Kinder beschränken. (Heiterkeit.) Wir haben ein kleines Gesetz gemacht über die Desinfektion der Eisenbahnwagen. Leider hatte der Bundesrath vergessen, daß unsere Ochsen, Pferde und Schweine nicht in die Wagen fliegen können. (Heiterkeit.) Die Landwirthe im Hause sorgten dafür, daß in das Gesetz Bestimmungen kamen, wonach auch die übrigen Räume, welche das Vieh vor seiner Verladung in die Wagen betritt, desinfizirt werden sollten. Den Regierungen, welchen Eisenbahnen ja mehr als Landwirthe am Herzen liegen, erschien dies eine zu starke Zumuthung für die ersteren. Herr Abg. Thilo, ein Gerichtsdirektor entwickelte plötzlich bei der dritten Lesung eine merkwürdige Sachkenntniß in landwirthschaftlichen Angelegenheiten, und setzte mit einem Muth, über den ich mich gewundert habe, die Beseitigung aller von den sachverständigen Landwirthen vorgeschlagenen Bestimmungen durch, so daß das Gesetz absolut nichts hilft und nur unnütze Beschwerden verursacht. (Unterbrechung. Rufe: zur Sache! Schluß! auf die Tribüne.)

Vizepräsident Dr. Haenel erklärt die Kritik des bereits angenommenen Gesetzes als nicht zur Sache gehörig, da der Antrag sich auf künftige Vorlagen bezieht und ersucht den Redner, auf die Sache zurückzukommen.

Abg. v. Ludwig will fortfahren, wird aber von dem überaus unruhigen Hause fortwährend durch den Ruf: Auf die Tribüne! unterbrochen. Der Redner, welcher bisher einer neuerdings stark eingerissenen Unsitte folgend, von dem Platze zwischen dem Stenographentische und den vordersten Sitzen der Abgeordneten der Journalistentribüne den Rücken zukehrend gesprochen hat, besteigt unter großer Heiterkeit des Hauses die Tribüne, auf welcher sein Versuch, den Vortrag fortzusetzen, durch erneute stürmische Schlußrufe unterbrochen wird. Er sieht sich denn auch veranlaßt, dieser Aufforderung Folge zu leisten, indem er nochmal seinen Antrag als durchaus gerechtfertigt dem Hause zur Annahme empfiehlt.

Abg. Grumbrecht wendet sich gegen den von Windthorst angeregten Gedanken zweijähriger Budgetperioden. Man habe in Hannover das Mangelhafte einer solchen Institution zur Genüge kennen gelernt. In großen Staaten, wo die Bedürfnisse sich nicht auf Jahre hinaus feststellen lassen, sei sie ganz unzweckmäßig

Damit schließt die Debatte über § 1. Abg. Völk zieht seinen Antrag, nachdem Abg. v. Ludwig denselben ebenfalls befürwortet hat, zurück. (Große Heiterkeit.) § 1 wird mit großer Mehrheit angenommen, der Antrag v. Ludwig dagegen abgelehnt (dafür nur der Antragsteller. Heiterkeit.)

Zu § 2, der die Geltung des für 1876 festgestellten Etats auf die drei ersten Monate des Jahres 1877 ausdehnt, bemerkt Abg. Rickert, daß er und seine Freunde zur Ablehnung dieser Bestimmung nicht durch irgend ein Mißtrauen gegen die Bundesregierungen, sondern lediglich von sachlichen Motiven bestimmt würden. Man glaube, daß es den Wünschen der Bundesregierungen selbst entsprechen werde, das Budget für das Jahr 1877 und für die ersten Monate des Jahres 1878 aus Rücksicht auf die der Berathung entgegenstehenden Schwierigkeiten mit einem Reichstage zu vereinbaren, der bereits — wie er glaube, zur allgemeinen Zufriedenheit — zwei Budgets erledigt habe.

§ 2 ebenso wie alle folgenden Paragraphen der Vorlage werden hierauf ohne weitere Debatte abgelehnt.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Vorlage betreffend die Ermächtigung des Reichskanzlers, zum Zweck der Errichtung des Reichstagsgebäudes über die Erwerbung des Grundstücks des Kroll'schen Etablissements in Berlin und einer angrenzenden Fläche des Thiergartens durch das Reich mit der preußischen Regierung und den sonstigen Betheiligten in Verhandlung zu treten. Abg. Berger u. Gen. beantragen: a) in Gemäßheit des Reichstags-Beschlusses vom 19. Mai 1873 wiederholt zu erklären, daß der Reichstag den Grund und Boden des Kroll'schen Etablissements hierselbst nebst dem angrenzenden Terrain als die geeignete Stelle für die Errichtung des Reichstagsgebäudes nicht ansieht: b) in Gemäßheit des Reichstagsbeschlusses vom 25. Februar 1874 den Reichskanzler wiederholt aufzufordern, Einleitungen zu treffen, um das hinter dem Kriegsministerium, der ehemaligen Porzellan-Manufaktur und dem Herrenhause belegene Terrain, soweit solches zur Errichtung eines Reichstagsgebäudes erforderlich ist, zu erwerben und die desfallsige Vereinbarung dem Reichstage baldmöglichst zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Abg. Duncker schlägt vor: Für den Fall der Ablehnung des Antrages des Bundesraths den Reichskanzler zu ersuchen, mit der k. preuß. Regierung in Verhandlung zu treten, ob und unter welchen Bedingungen gegenwärtig folgende zwei Plätze zum Zwecke des Reichstagshauses für das Reich zu erwerben sein würden: A. der Platz im Thiergarten zwischen dem Brandenburger Thor und der Lennéstraße: B. der Platz an der Ostseite des Königsplatzes: das Raczinski'sche Palais und die anliegenden, dem preußischen Fiskus gehörenden Grundstücke und über das Resultat dieser Verhandlungen dem Reichstage in der nächsten Session Mittheilung zu machen."

Abg. v. Unruh befürwortet den Vorschlag der Regierung. Der einzige Einwand, den man dagegen machen kann (und der Redner war früher selbst ein Gegner von Kroll, so lange er Aussicht hatte, einen anderen Platz zu bekommen) ist die Entfernung Kroll's vom Thore (164 Meter und vom Mittelpunkt der Stadt, das heißt, dem königlichen Schlosse (2000 Meter), — das ist noch nicht die Tour einer einfachen Droschkenfahrt und vom Schloß hierher (Leipzigerstraße 4) ist ebenso weit, vielleicht noch weiter. Auch die Wohnungsfrage spielt gar keine Rolle; man ist jetzt nur gewöhnt in der Nähe der Reichstags- und Landtagsgebäude Wohnung zu nehmen, es giebt auch in anderen Stadttheilen billige Wohnungen in Menge. Die Deputirtenkammer in Paris liegt auch jenseits der Seine und die Abgeordneten wohnen dort ebenso entfernt, wie hier. Und welche Veränderungen in 10 Jahren Platz greifen, und wie groß die Leistungsfähigkeit der Tramways ist, dafür liegen Maßstäbe und Beweise in Fülle vor, speziell für den Redner, der in der von vier Pferdebahnen durchschnittenen Chaussee wohnt. Wie leicht wäre eine Pferdebahn von der Dorotheenstraße oder vom Thor direkt bis Kroll zu führen. Natürlich darf das Kroll'sche Terrain von der preußischen Regierung dem Reiche nicht zu dem exorbitanten Gründerpreise angeboten werden wie vor drei Jahren (2500 Thlr.) pro Quadratruthe. Der preußische Fiskus wird wie alle Grundbesitzer wohl auch billiger geworden sein und mit sich reden lassen.

Abg. Berger: Wenn der Vorredner bemerkte, man werde es außerhalb des Hauses gar nicht verstehen, wie es möglich sei, daß wir uns so lange über den Platz für das Reichstagsgebäude streiten, so erwidere ich, der Grund davon liegt einfach darin, daß die Kommission, deren Verdienste ich sonst gar nicht verkenne, sich mit demjenigen nicht beschäftigt hat, was wir ihr aufgetragen hatten. Bereits am 19. Mai 1873 beschloß der Reichstag auf den Antrag des Abg. Schleiden mit 152 gegen 87 Stimmen, den Platz des Kroll'schen Etablissements für ungeeignet zu erklären und die Kommission zu beauftragen, sich mit dem Aufsuchen anderer Terrains zu beschäftigen und hierbei besonders dem Platze hinter dem Kriegsministerium, der Porzellanmanufaktur und dem Herrenhause ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Als trotzdem die Kommission in ihrem Berichte sich wieder für das Kroll'sche Etablissement aussprach, wiederholte der Reichstag am 25. Februar 1874 auf den Antrag des Abg. Reichensperger seinen früheren Beschluß, an dem Terrain hinter der Porzellanmanufaktur festzuhalten, ohne der Kommission irgend ein Mandat zu geben, sich mit der Prüfung anderer Plätze noch zu befassen. Zur Unterstützung des Projekts, auf den Platz des Kroll'schen Etablissements wieder zurückzukommen, hat uns nun der Vorredner auf das Gutachten der drei der Kommission beigegebenen Sachverständigen verwiesen; dieses Gutachten zeigt aber von vornherein so sehr eine Voreingenommenheit zu Gunsten des Kroll'schen Terrains und ein Uebelwollen gegen den von dem Reichstage wiederholt als geeignet bezeichneten Platz, daß dasselbe nicht als durchaus objektiv zu betrachten ist. Am Schlusse dieses Gutachtens wird gesagt, die Sachverständigen können das vom Reichstage selbst wiederholt empfohlene Grundstück nicht für ein solches halten, das der Würde des deutschen Reiches und seines Parlaments entspricht. Es ist wirklich mit der Würde des Reichstages ein eigenes Ding. Als wir im vorigen Jahre die Verhaftung eines Mitgliedes des Reichstages as eine der Würde desselben nicht entsprechende Maßregel erklärten, da hat man uns dies gewaltig übel genommen, und heute soll etwas der Würde des Reichstages nicht entsprechen, was wir selbst wiederholt beschlossen haben. Ich denke, die Würde des deutschen Reichstages wird weit mehr gefährdet, wenn ein von uns wiederholt gefaßter Beschluß nicht ausgeführt und ein Terrain gewählt wird, das wir entschieden abgelehnt haben. (Zustimmung) Dazu kommt, daß ich nicht dazu mitwirken möchte, den Berlinern ein so schönes und schwer zu ersetzendes Vergnügungslokal wie das von Kroll zu entreißen. Die Stimme der berliner Bevölkerung ist entschieden dafür, das Etablissement als das zu belassen, was es seit nun 30 Jahren den Berlinern ist.

Bundesbevollmächtigter Achenbach: Das Gutachten der Sachverständigen mußte gerade die Worte enthalten, welche der Vorredner so entschieden tadelte. Denn die Kommission hatte die Sachverständigen aufgefordert, ein Gutachten darüber abzugeben, ob das fragliche Terrain sich dazu eigene, ein „der Würde des Reichstages entsprechendes" Parlamentsgebäude aufzuführen" Das Gutachten der Kommission ist am 25. April 1874 zur Kenntniß des Reichstages gebracht worden und dieser hat sich nicht bemüßigt gesehen, einen Widerspruch dagegen zu erheben; er hat es durchaus vermieden auf den Gegenstand überhaupt irgend wie einzugehen. Dies ist in der Mehrzahl derjenigen Mitglieder, die sich überhaupt für die Frage besonders interessiren, dahin so aufgefaßt und dahin gedeutet worden, daß der frühere Beschluß des Reichstages wenn auch nicht formell, so doch der Sache noch aufgehoben sei (Widerspruch) und diese Auffassung ist auch für die Bundesregierung bei ihrem Vorschlage maßgebend gewesen. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß in diesem Falle der Architektur Gelegenheit gegeben werden müsse, ein Gebäude monumentaler Art zu liefern, welches die heiß und mühsam errungene Einheit in würdiger Weise zum Ausdruck bringen solle. Redner empfiehlt deshalb das Terrain des Krollschen Etablissements.

Abg. Duncker verwahrt noch einmal die Kommission gegen die ihr vom Abg. Berger gemachten Vorwürfe. Dieselbe ist nach eingehender Prüfung gestützt auf das Gutachten der Sachverständigen mit allen gegen eine Stimme zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Terrain hinter der Porzellanmanufaktur zu einem monumentalen Gebäude durchaus nicht zu verwenden sei. Aus diesem Grunde schlägt der Redner für den unerwünschten Fall, daß die Regierungsvorlage abgelehnt werden sollte, in weitere Erwägung zu ziehen, ob nicht einer von den beiden in seinem Antrage erwähnten Plätzen für den Bau zu gewinnen sei. Viel zweckmäßiger als das Terrain der Porzellanmanufaktur erscheine in dieser Beziehung der Platz im Thiergarten zwischen der Lennestraße und dem Brandenburger Thore, wenn derselbe auch hinter dem Kroll'schen Etablissement zurückstehe. Was den andern von ihm eventuell in Vorschlag gebrachten Platz betreffe, so brauche er zu dessen Empfehlung nur darauf hinzuweisen, daß der Reichstag denselben von Anfang an in erster Linie als Bauplatz ins Auge gefaßt, und nur wegen der Schwierigkeiten der Erwerbung von seiner Wahl Abstand genommen habe. Man habe eine so gehässige Maßregel, wie die Expropriation sei, nicht in Anwendung bringen wollen. Nun sei ihm aber von sehr glaubwürdiger Seite versichert worden, daß der gegenwärtige Besitzer gern bereit sein werde, den Wünschen des Reichstages entgegen zu kommen, wenn nicht daß Testament des Vorbesitzers ihn daran hinderte. Sollte diese Schranke auf dem Wege der Expropriotion beseitigt werden, so stehe der Erwerbung des allseitig gewünschten Terrains Nichts entgegen und doch Niemandem Gewalt angethan. In erster Linie glaube er allerdings an dem Vorschlage der Erwerbung des Kroll'schen Etablissements festhalten zu müssen Der Reichstag möge in dieser Beziehung dem Beispiel des schlagfertigen Feldmarschalls Moltke folgen, dessen Generalstabsgebäude bereits in der Nachbarschaft jenes Platzes stehe, in der frischen, freien Natur, fern von dem Staube und dem Gewühl der Straßen.

Um 5½ Uhr vertagt sich hierauf das Haus bis Montag 11 Uhr. (Interpellation Guerber, betreffend das mit Straßburg getroffene Abkommen, Fortsetzung der Debatte über das Parlamentsgebäude, dritte Lesung der Hülfskassengesetze und des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds, Petitionen.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. Februar.

— Aus Prag wird uns mitgetheilt, daß Graf Ledochowski, welcher, wie bereits gemeldet, am Freitag, den 4. d M. Abends angelangt war, im Hotel „zum blauen Stern" Wohnung genommen hatte. Seine beiden Jünger, der Vikar v. Ostrowo, Prinz Edmund Radziwill, und sein Hauskaplan Meszczynski bildeten sein Gefolge. Der Ex-Erzbischof stattete am folgenden Tage dem Kardinal Schwarzenberg, welcher bekanntlich 7 Kleriker aus der Diözese Posen während Ledochowskis Haft, ausgeweiht hatte, einen zweistündigen Besuch ab, nahm jedoch eine Einladung zum Diner nicht an und fuhr direkt zum Jesuiten-Konvent. Nachmittags empfing er den Gegenbesuch des czechischen Weihbischofs Brucha. Sonntag oder Montag wollte Ledochowski Prag verlassen, und sich zu seinem Bruder Anton nach Hradisch in Mähren begeben, um daselbst einige Tage im Kreise seiner Familie zu bleiben und dann nach Rom zu eilen.

Von Berlin aus hat der Kardinal „nach unserer Gegend", wie sich der hiesige „Kuryer" ausdrückt, einen Brief gerichtet, aus dem das Blatt Folgendes wiedergiebt:

„Glücklich sind wir hier um 4 Uhr (d. h. Nachmittag! — Red. d Pos. Z.) angelangt, ohne irgend einen Unfall zu erleiden, nur ich mit blutendem Herzen, daß ich so viele treue Diözesanen, geistliche und weltliche, die sich mit einer solchen Anhänglichkeit in Ostrowo und in der Umgegend Ostrowo's versammelt hatten, um mich zu begrüßen, weder bewillkommnen, noch auch umarmen noch auch erschauen konnte. O könntest du im Stande sein Allen und einem Jeden von ihnen mitzutheilen, wie sehr mich das geschmerzt hat! Möge es Gott gefallen, diese unsere gemeinsame Betrübniß die wir ihm in demüthigem und stillem Opfer darbringen, anzunehmen und möge er sich durch so viel fromme Gebete seiner Kinder erbitten lassen und die Tage der Heimsuchung und der Plage verkürzen."

Folgender Brief, welchen Earl Norfolk an den Kardinal Ledochowski im Namen des Vorstandes des Katholikenvereins von England absandte, theilt der „Kuryer Poznanski" an hervorragender Stelle mit:

London, 28. Januar 1876.

Mylord Kardinal!

Im Auftrage des Vorstandes des Katholikenvereins (Catholic Union) bringe ich Ew. Eminenz den herzlichen Glückwunsch dar, daß das Ende der Gefangenschaft herannaht, während welcher es Ew. Eminenz oblag, für die heilige Sache der christlichen Kirche zu dulden.

Wir wollen Deine Zeit, hochwürdiger Herr, nicht mit einer langen Adresse in einem Augenblicke in Anspruch nehmen, wo sich verschiedene Sorgen auf Dich stürzen müssen, aber uns liegt sehr viel daran, daß Du erfährst, wie sich, während Deine Arbeit im eigenen Lande schmerzlich unterbrochen wurde, die Katholiken anderer Länder an Deinem Beispiel erbaut haben, weil sie in Dir den wahrhaften Glaubensbekenner sahen und daß die Söhne der englischen Kirche das Ende dieser schmerzlichen Periode nicht sehen können, ohne Dir mitzutheilen, daß sie sich freuen und Gott dem Herrn danken.

Ich flehe Ew. Eminenz um den Segen für mich und für jedes Mitglied unseres Vereins an und verbleibe u. s. w.

Norfolk Earl, Marshal.

— **Gegen den Propst Chmielinski** aus Sarne, welcher angeklagt war, zwei Lehrer, die den Protest gegen die päpstliche Enzyklika unterschrieben hatten, exkommunizirt zu haben, wurde am 3. d. Mts. von dem Kreisgericht in Rawitsch verhandelt. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 60 M. oder 8 Tage Gefängniß, der Gerichtshof jedoch erkannte auf Freisprechung.

— **Zoologischer Garten.** Herr Baron von Seydlitz auf Szrócke bei Kitowo hat dem hiesigen zoologischen Garten einen außerordentlich starken und schönen Rothhirsch (Zwölfender) zum Geschenk gemacht. Es ist erfreulich, daß der Bestand der Thiere sich in der kurzen Zeit um so viele sehenswerthe Exemplare vermehrt hat, und dürfte der Besuch des Gartens dem Publikum auch während des Winters zu empfehlen sein. Für die Unterbringung der wärmebedürftigen Thiere ist durch den Ausbau des draußen belegenen Spritzenhauses in genügender Weise Sorge getragen.

— **Der Postwagen,** welcher gestern Abend von hier nach Obornik abging, blieb wie uns mitgetheilt wird, etwa 1 Stunde von Posen bei dem Dorfe Winiary im Schnee stecken. Die Hülfssignale des Postillons verhallten ungehört; derselbe suchte nun das Schulzenamt auf, traf den Schulzen jedoch nicht zu Hause. Die Frau des Letzteren versuchte nun nach besten Kräften Hülfe herbeizuschaffen, wurde jedoch in ihrem Verlangen, Vorspanne zu stellen, von allen Bauerwirthen, zu denen sie die Kunde verbreiten konnte, abgewiesen. Die Passagiere blieben bei der Steuer-Einnehmerstelle im Wagen sitzen — der Postillon spannte aus und wollte nach Posen zurückkehren, um beim kais. Postamte den Vorfall zu melden. Inzwischen kam zum Glück der Schulze von seinen Dienstgeschäften aus Posen zurück, ließ den Postillon zurückkehren und leistete persönlich mit seinen schon angeschirrten Pferden die nöthige Hilfe, so daß die Post bis Suchy'as gebracht und von der dortigen Gemeinde weiterspedirt werden konnte. Dem Schulzen, Herrn Remlein, gebührt hierfür alle Anerkennung.

r **Der Kaufmann Albert Kunkel,** Inhaber eines der bekanntesten Kolonialwaaren- und Weingeschäfte unserer Stadt, hat den Konkurs angemeldet. Seit Sonnabend ist das Geschäftslokal (Ecke der Jesuiten- und Wasserstraße) bereits geschlossen. Die Passiva sollen an 40,000 Thlr. betragen.

r. **Der Renz'sche Cirkus** auf dem Kanonenplatze, dessen Bau rasch vorwärts schreitet, wird in seinen Dimensionen der bedeutendste, der hier wohl je errichtet worden ist, indem er einen Durchmesser von 130 Fuß enthält, wovon 41 auf die Manege entfallen, so daß ein konzentrischer Reifen von ca 45 Fuß Breite und 400 Fuß äußerem Umfange für den Zuschauerraum übrig bleibt. Es werden sich 15 Sitzreihen amphitheatralisch hintereinander erheben, außerdem drei stufenartige Reihen für die Stehplätze auf der Gallerie, so daß im Ganzen etwa 2500 Zuschauer in dem Cirkus Platz finden dürften. Das Dach wird sich über der Manege bis zur Höhe von 41 Fuß erheben. In dem großen Stalle von 140 Fuß Länge und 64 Fuß Breite, welcher an den Cirkus grenzt, werden ca. 86 Pferde untergebracht werden können, außerdem etwa 50 Pferde in benachbarten Privatstallungen. An den Stall auf dem Kanonenplatze wird überdies noch ein Hof angrenzen. Den Bau des Cirkus und Stalles haben die hiesigen Bauunternehmer Spiegelberg u. Hager, wie man hört, für 5600 Thlr. übernommen; die Zimmermannsarbeiten werden von dem hiesigen Zimmermeister Jaster ausgeführt.

— **Polizeibericht.** Verloren: 1 weiß roth und grünmelirte Reisedecke von dem Kellner C. Drath aus Gnesen; 1 schwarz-wollenes Kopftuch, innerhalb blau, von Frl. Grätzer, Berlinerstr. 23; 1 Spazierstock aus spanischem Rohr mit Elfenbeingriff, in einer Droschke, deren Nummer nicht angegeben, vergessen; 1 goldenes Ohrgehänge, mit schwarzem Stein und einer Perle, Magnus Czapski.

⊙ **Bomst,** 6. Februar. [Lehrer-Bibliothek] Am 22. v. M. wurde bei Gelegenheit einer hierselbst durch den Kreis-Schulinspektor Herrn Tecklenburg aus Wollstein abgehaltenen Revision der Hauptlehrer Strzelczok einstimmig als Bezirks-Bibliothekar gewählt. Die Bibliothek für die Elementarlehrer in unserem Kreise soll, wo möglich, zu Ostern dieses Jahres eröffnet werden

g **Aus dem Kreise Kröben.** [Kreis- und Provinzial-Beiträge] Der Kreis Kröben, welcher 10 Städte (Rawitsch, Bojanowo, Punitz, Kröben, Gostyn, Sandberg, Görchen, Sarne, Jutroschin und Dubin) besitzt und in 6 Distrikte (Rawitsch mit 13 Dominien und 25 Landgemeinden, Bojanowo mit 16 Dominien und 23 Landgemeinden, Görchen mit 19 Dominien und 23 Landgemeinden, Gostyn mit 21 Dominien und 25 Landgemeinden, Jutroschin mit 13 Dominien und 31 Landgemeinden, Kröben mit 21 Dominien und 29 Landgemeinden) getheilt ist, hat pro 1876 zur Bestreitung der Kreiskommunal-Bedürfnisse, sowie zu den Kosten der Provinzialanstalten in Kosten, Owinsk 2c, der Provinzial-Chausseen 2c die Summe von 44,432 Mk. aufzubringen; davon kommen auf die Städte 10,383, auf die 103 Dominien 19,465 und auf die 156 Landgemeinden 14 583 Mk. Das Soll der Staatssteuern pro 1876 beträgt 257,671 Mk

B. **Schroda,** 5. Februar. [Die evangelischen Lehrer.] Eine Korrespondenz von hier (in Nr. 79 d. Bl.) findet es befremdlich, daß die evangelischen Lehrer des Kreises sich jetzt von den gemeinsamen Konferenzen zurückziehen. Diese Unterstellung ist durchaus nicht richtig. Die ev. Lehrer waren deßhalb nicht erschienen, weil Kreisschulinspektor Blobel sie zu der Konferenz am 29. Januar nicht eingeladen hatte Was sodann ihre Betheiligung an der Kreis-Lehrer-Bibliothek betrifft, so haben sich, so viel ich weiß, sämmtliche evangelische Lehrer des Kreises bereitwillig daran betheiligt.

Strzalkowo, 4. Februar. [Tod in Folge unmenschlicher Behandlung. Ausfuhr von Spiritus und Pferden aus Russisch-Polen.] Vor kurzer Zeit starb in dem 10 Km. von hier entfernten Dorfe Ruchoszyn (Kr. Gnesen) der ca. 10 Jahr alte Bruder des dortigen katholischen Lehrers. Der Betreffende meldete den Sterbefall beim Standesamte in Wilkowo an und erhielt von dem Beamten die Erlaubniß zur Beerdigung der Leiche. Der Ortsschulze in dem genannten Dorfe, welcher auch von dem Sterbefalle Kenntniß erhalten hatte, glaubte, daß der Tod des Knaben durch besondere Umstände herbeigeführt worden sei. In Folge seiner Vermuthung setzte er sofort die Polizei in Kenntniß, die die Beerdigung der Leiche inhibirte. Auf Veranlassung einer weitern Anzeige kam der Kreisphysikus Dr. Fuchs aus Gnesen in Begleitung eines Richters nach Ruchoszyn und man sezirte die Leiche. Auf Grund der Untersuchung wurde konstatirt, daß der Knabe an Hunger, Kälte und schlechter Behandlung gestorben ist. Die Untersuchung gegen den betreffenden Lehrer soll bereits eingeleitet sein. Das arme Kind, so erzählen Leute aus dem Dorfe, soll aus Hunger rohe Kartoffeln und Wrucken genossen haben Wie tyrannisch der Lehrer gegen seinen Bruder gehandelt hat, geht zur Genüge aus dem Umstande hervor, daß der Knabe nie anders zu ihm sagen durfte als: „Pan Nauczyciel".

(Hierzu zwei Beilagen.)

(Herr Lehrer). — In dem verflossenen Monat Januar sind hier aus Russisch-Polen transito 426 Faß Spiritus ausgeführt worden, also gegen 120 Faß weniger als im Monat Dezember. Der Grund hiervon lag an den schlechten Wegen, die durch die bedeutenden Schneefälle für Lastwagen fast gänzlich unpassirbar waren. — Zu dem am 7. d. M. in Gnesen stattfindenden Viehjahrmarkt gehen seit gestern große Koppeln von 15 bis 20 Pferden von Russisch-Polen hier durch. Die Pferdehändler sind tief in Rußland gewesen und haben in den Gegenden, wo in Folge einer Mißernte großer Futtermangel eingetreten ist, die Pferde sehr billig eingekauft. Man hat mir erzählt, daß man dort das Stück mit ½ Rubel zu kaufen bekommt. Seit einigen Jahren sind solche Massentransporte von Pferden hier noch nicht eingetroffen.

Strzalkowo, 6. Februar. [Volks- und Viehzählung. Telegraphenamt.] Die am 1. Dezember v. J. abgehaltene Volkszählung hat im hiesigen Polizei-Distrikte, der aus 52 Gemeinden resp. Gutsbezirken besteht, folgendes Resultat ergeben. Es befanden sich am genannten Tage in allen Ortschaften 763 Wohnhäuser mit 1485 Haushaltungen mit 3997 männlichen und 4022 weiblichen Bewohnern. Vorübergehend anwesend waren am genannten Tage 36 und vorübergehend abwesend 22 Personen. Mithin wurden im Ganzen 8094 Personen gezählt. Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1871 lebten im hiesigen Polizei-Distrikte 8981 Personen und zwar 4339 männliche und 4552 weibliche. Es wurden 1575 Haushaltungen und 767 Wohnhäuser ermittelt. Die Bevölkerung hat sich mithin um 872 Köpfe vermindert, und zwar um 342 männliche und 530 weibliche Personen; auch wurden 90 Haushaltungen und 4 Wohnhäuser weniger gezählt. Dem Religionsbekenntnisse nach zählte man 7183 Katholiken, 685 Evangelische und 226 Juden. Die starke Abnahme der Bevölkerung findet ihre Erklärung in dem Verzug Vieler nach Russisch-Polen, wo man bedeutend billiger Grundstücke erwerben kann, als in hiesiger Gegend. Auch sind viele Arbeiter nach größeren Orten und in die Gegenden verzogen, wo Eisenbahnen und Chausseen gebaut werden. Das größte Dorf im hies. Distrikt ist Strzalkowo, welches aus 3 Theilen besteht. In demselben leben 873 Personen und zwar 396 männliche und 417 weibliche. — Nach der letzten Viehzählung wurden im hiesigen Polizeidistrikt 1388 Pferde und 4003 Stück Rindvieh gezählt. Sämmtliche Steuererheber des Distrikts haben also, da sie pro Pferd 20 Pf. und pro Stück Rind 5 Pf. von den Bewohnern einzuziehen haben, in der ersten Hälfte des Monats Februar an die Kreiskasse 477,75 M. abzuführen. — Die hierselbst bestehende Telegraphenstation ist vor circa 2 Jahren eingerichtet worden. Ein wie großes Bedürfniß dieselbe für den hiesigen Ort und die Umgegend war, geht aus dem Umstande hervor, daß in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Dezember 1875 ungefähr 2600 Depeschen abgegeben wurden. Es kamen mithin täglich circa 7 bis 8 zur Beförderung.

(**Bromberg**, 6. Februar. [Bienenzüchter-Verein] Der Vorsitzende des hiesigen „Bienenzüchter-Vereins", Herr Gutsbesitzer Hilbert aus Maciejewo (Kr. Thorn) hat nunmehr die Reorganisation des Vereins in die Hand genommen und ist damit beschäftigt, denselben für die Provinzen Posen und Westpreußen unter dem Namen „Bromberger Zentralverein für Bienenzucht" zu erweitern. Die neuen Statuten dieses Vereins gewähren dem einzelnen Mitgliede schon so wesentliche Vortheile, daß der an den Verein zu zahlende geringe Beitrag hierzu in keinem Verhältnisse steht. Seitens der Vereinsleitung ist an die einzelnen Landrathsämter in den betr. Provinzen folgenden Aufruf zur Unterstützung der Vereinsbestrebungen ergangen:

Da Se. Exzellenz der Herr Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten den Zweck des bromberger Zentralvereins für Bienenzucht: „Vervollkommnung und Verbreitung der Kenntnisse über Bienenpflege oder Hebung der vaterländischen Bienenzucht überhaupt" bereits im verflossenen Jahre durch Gewährung einer Subvention aus der Staatskasse als einen nützlichen anerkannte, so glauben wir hoffen zu dürfen, das königliche Landrathsamt werde seinerseits ebenfalls etwas dazu beitragen, die Bestrebungen des Vereins zu fördern. Wir ersuchen deshalb gehorsamst die Bienenzüchter, speziell die Lehrer dasigen Kreises, geneigtest durch das amtliche Kreisblatt benachrichtigen lassen zu wollen, daß es in ihrem Interesse liegen würde, sich dem Zentralvereine anzuschließen. Die Statuten des Vereins, welche Aufschlüsse über die den einzelnen Mitgliedern gewährten Vortheile geben, sind vom Sekretär des Zentralvereins, Bahnmeister a. D. Fiedler in Bromberg, Okollo 38, zu beziehen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Posen**, 4 Februar. Heute kam vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichtes die Anklagesache gegen den Kaufmann Benjamin Schön zu Posen wegen Unterschlagung zur Verhandlung. Den Vorsitz führte der Geh. Justizrath, Appellationsgerichtsrath Frenzel; die Staatsanwaltschaft war durch den Staatsanwalt Müller vertreten; als Vertheidiger fungirte der Justizrath Levifeur. — Der Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde lag, war folgender: Im Januar 1872 klagte der Heildiener Jacob Sack, damals in Czempin wohnhaft, gegen den hiesigen Kaufmann Michaelis Urban, den Schwiegersohn des Angeklagten, zwei Wechsel ein, von denen der eine über 1500 Thlr., der andere über 250 Thlr. lautete. Beide Wechsel waren von Benjamin Schön an eigene Ordre ausgestellt und von Urban akzeptirt, der erste jedoch direkt an Jacob Sack girirt und am 1 Januar 1872 fällig, der zweite war in blanco girirt, von Jakob Schallmach an die Ordre des Anton Vogt weiter begeben, und von diesem an die Ordre des Jakob Sack, und war fällig am 8 Januar 1872. Der Kaufmann Urban erhob in beiden Prozessen den Einwand, daß Sack die Wechsel gar nicht käuflich erworben habe, sondern daß er von Benjamin Schön nur vorgeschoben sei; Sack habe beim Empfange der Wechsel gewußt, daß dieselben über einen Theil der von Schön dem Urban im Voraus gezahlten Mitgift mit der Abrede gegeben worden seien, daß die Wechsel nur als Sicherheit für die Rückgabe der gezahlten Summen für den Fall, daß die Ehe nicht zu Stande käme, dienen sollten. — Als im Februar 1872 über das Vermögen des Kaufmanns Urban der Konkurs ausbrach, wurden die beiden Wechsel auch im Konkurs-Verfahren angemeldet, vom Verwalter der Masse jedoch nicht anerkannt. Urban hatte während dessen eine Klage gegen Benjamin Schön angestrengt, welche dahin ging, daß derselbe zur Herausgabe der ihm von Urban ausgehändigten Akzepte über 1500 Thlr. und über 250 Thlr. und eines dritten Akzeptes über 350 Thlr. verurtheilt werde. Im Januar 1875 ist dann vom hiesigen Kreisgericht dahin entschieden worden, daß Schön verpflichtet sei, der Konkursmasse die von Urban ausgestellten Wechselakzepte über 1500 Thlr., 250 Thlr. und 350 Thlr. herauszugeben, oder, wenn er dies nicht könne, die von ihm oder Urban darauf gezahlten Beträge zu erstatten. — Im Frühjahr 1870 hatte sich Urban mit der Tochter des Angeklagten verlobt, welcher letztere sich dabei verpflichtete, seiner Tochter eine Mitgift von 4000 Thlr. zu geben. Nach der eidlichen Aussage des Urban hat Schön demselben nun in Anrechnung auf die versprochene Mitgift im Jahre 1870 je 1500 Thlr., 250 Thlr. und 350 Thlr. und den Rest von 1900 Thlr., kurz vor der, Ende desselben Jahres erfolgten Abschließung des Ehevertrages gegeben, aber bei den drei ersten Zahlungen gleichzeitig Wechselakzepte in der Höhe der gezahlten Summen von Urban verlangt, welche als Sicherstellung für die Rückgabe des Gezahlten im Falle des Nichtzustandekommens der Ehe dienen sollten. Obwohl nun Urban die Tochter des Angeschuldigten wirklich geheirathet, hat Schön die erwähnten Akzepte dem Urban trotz wiederholter Aufforderung nicht zurückgegeben, vielmehr die Akzepte über 1500 Thlr. und 250 Thlr. zum Nachtheile des Urban weiter begeben. — Der Angeklagte hatte nur behauptet, daß die gezahlten 1500 Thlr. und 250 Thlr. Darlehne gewesen seien, und will die Mitgift in der Weise berichtigt haben, daß er Urban 350 Thlr. schon früher, kurz vor der Hochzeit aber 1900 Thlr. in Papiergeld und 1750 Thlr. baar in einem Beutel in Gegenwart seiner Ehefrau und mehrerer Zeugen gegeben habe. Bei der Hochzeit hat nun die Frau des Schön dem Urban allerdings einen gefüllten Beutel überreicht, der aber nach der Aussage des Urban nur ca. 20 Thlr. in Silber- und Kupfermünzen enthielt. Es ist nämlich bei den Heirathsabschlüssen der Israeliten eine übliche Sitte, daß die Eltern durch Uebergabe eines Beutels mit ungezähltem Gelde den Wunsch andeuten, das junge Paar möge niemals über beschränkte Mittel zu verfügen haben. Daß in dem erwähnten Beutel 1750 Thlr. enthalten gewesen sein sollen, ist auch schon aus dem Grunde nicht anzunehmen, weil Zeugen bekundet haben, daß in ihrer Gegenwart die vollständige Regulirung der Mitgift stattgefunden habe, indem Schön, nachdem er die 1900 Thlr. in Papier ausgezahlt, zu Urban geäußert habe, daß dies mit dem früher Gezahlten nun richtig sei. — Auf Grund dieser Thatsachen hatte die Anklage den Kaufmann Benjamin Schön auf Grund der §§ 246 und 74 des Reichsstrafgesetzbuches beschuldigt, im Laufe der Jahre 1871 und 1872 zu Posen durch verschiedene selbstständige Handlungen fremde Sachen, nämlich zwei von Michaelis Urban ausgestellte Wechselakzepte über 1500 Thlr. und 250 Thlr., die Schön's Gewahrsam anvertraut waren, sich rechtswidrig angeeignet zu haben. Die Verhandlung dieser Anklagesache vor der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts am 28 Oktober v. J. hatte ergeben, daß sich in Wahrheit die Thatsachen so verhalten haben, wie die Anklage behauptet. Zu erwähnen ist noch, daß die Frau des Urban, die Tochter des Angeklagten, bereits verstorben ist, und daß der Beutel mit „ungezähltem" Gelde dem Urban von der Schwiegermutter mit den Worten übergeben worden ist, „er möge immer mehr als das Nöthige haben." Der Rabbiner Dr. Landsberg hatte bestätigt, daß es in jüdischen Familien Sitte sei, daß der Schwiegersohn außer der eigentlichen Mitgift noch mit einer Quantität ungezählten Geldes beschenkt werde und daß der gläubige Israelit damit die Vorstellung eines besonderen Segens verbinde; es sei diese Sitte aus zwei Stellen des Talmund zu erklären, welche lauten: „Ein Segen pflege zu sein nur in einer Sache, welche dem Auge verhüllt ist" und: „Mißt Jemand etwas ab und spricht davon, es möge der Segen darauf ruhen, so ist das Gebet fruchtlos, weil ein Segen nicht stattzufinden pflegt, weder bei einem zugezählten, noch zugewogenen, noch zugemessenen Gegenstande." — Auf Grund der Beweisaufnahme wurde der Angeklagte in erster Instanz gemäß dem Antrage der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung in zwei Fällen mit 9 Monaten Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr bestraft, während der Vertheidiger für Freisprechung seines Klienten plaidirt und beantragt hatte, denselben eventuell nur mit einer Geldstrafe zu belegen und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte zu belassen. Gegen dieses Erkenntniß hatte der Angeklagte appellirt, doch wurde dasselbe von dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts bei der heutigen Verhandlung bestätigt.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Seit Neujahr erscheint in Berlin in der Luckhardtschen Verlagshandlung die „Deutsche Heeres-Zeitung", ein im großen Stile angelegtes militärisches Fachblatt, welches bekanntlich von sehr hochgestellten Militärs in's Leben gerufen worden ist und welchem demgemäß auch ungewöhnliche Mittel sowie die bedeutendsten literarischen Kräfte zu Gebote stehen. Dasselbe enthält Leitartikel über militärische Tagesfragen, darunter eine Serie vortrefflicher Artikel über die Unteroffiziersfrage, ferner kriegswissenschaftliche Abhandlungen, militärische Originalberichte aus dem Auslande, instruktive Artikel über die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen der Erde, literarische Kritiken, wissenschaftliche Feuilletons, Mittheilungen aus fremdländischen Fachzeitschriften 2c. Durch diesen reichhaltigen Inhalt sowie durch die geschickte Auswahl der bis jetzt in dem Journale behandelten Themata erscheint dasselbe nicht allein für Militärs, sondern bei der hohen Bedeutung, welche das Kriegswesen in unserer Zeit gewonnen hat, für alle gebildeten Kreise von Wichtigkeit und dürfte sich dessen Beschaffung namentlich auch für Bibliotheken, Lehranstalten u. s. w. empfehlen. Jede einzelne Nummer des äußerst sauber ausgestatteten Blattes ist circa zwei Foliobogen stark. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich nur 6 Mark.

* Deutsche Jugend. Illustrirte Jugend- und Familien-Bibliothek in Monats-Heften, herausgegeben von Julius Lohmeyer. Leipzig, Alphons Dürr. Inhalt des Februar-Heftes (VII. Band, 5 Heft) an Originalbeiträgen: Johann Wolfgang Göthe. Von J. Stieler. Mit 5 Illustrationen von Paul Thumann. — Von den Göttern der Germanen. Von Werner Hahn. Mit 2 Originalkompositionen von Julius Naue. — Fritz. Erinnerungen aus der Zeit von Anno Dreizehn. Von E. Oswald. Mit Originalzeichnung von E. Klimsch. — O daß wir frohe Kinder blieben! Reime von Fr. Oldenburg zu einer Originalzeichnung von Oscar Pletsch. In Musik gesetzt von Fr. Pacius. — Knackmandeln und Räthsel von Fr. Güll, Robert Löwicke und H. Pröscholdt. — Gedichte, Lieder und Sprüche von Rich. Avenarius, Fr. Güll, J. Trojan und V. Blüthgen. Mit Illustrationen von Fr. Werckmeister und F. Flinzer.

* Das Buch der Gesundheit, des Glücks und der Zufriedenheit. Unter diesem etwas marktschreierisch klingenden Titel erscheint für den wohlfeilen Preis von 30 Pf. pro Lieferung im Verlage von Elwin Staude in Berlin ein Werk, das sich nicht allein über alle Fragen des körperlichen und geistigen Wohls verbreitet, sondern das ebenso unsere gesellschaftlichen Zustände, wie die Hauptgesetze der politischen Oekonomie behandelt. Die Darstellung, obwohl auf wissenschaftlicher Basis ruhend, ist populär gehalten. Standpunkt, Lebensanschauung, Erfahrung und warme Humanität richten eine hohe Schranke auf zwischen diesem Buche und den ekelhaften Sudeleien ärztlicher Spekulation. Der Hausvater, welcher für die leibliche und seelische Gesundheit seiner Kinder eines zuverlässigen Rathgebers nicht entbehren möchte, wird dem unbekannten Verfasser dieses Werkes ebenso Dank wissen, wie der Lerneifrige, der sich über das Wesen der Gesellschaft, sowie über ihre ethischen und sanitären Verhältnisse in kompetenter Weise zu unterrichten wünscht.

* Brockhaus' „Conversations-Lexikon" ist in seiner zwölften Auflage zum Ende des dritten Bandes vorgeschritten, der laut Register über 1700 Artikel enthält und mit der Stadt Brünn abschließt. Diese gewaltige Stoffmasse hat die Redaktion innerhalb des dafür bestimmten Rahmens wieder aufs Zweckmäßigste zu ordnen und zu vertheilen gewußt. Von den größeren Artikeln im dritten Bande seien folgende besonders zur Lektüre empfohlen: Marschall Bazaine und Fürst Bismarck, zwei augenscheinlich aus ganz authentischen Quellen geschöpfte Biographien von musterhafter Prägnanz; Belgien, Berlin, Böhmen, Bokhara, Bosnien, Brasilien, Braunschweig, Bremen (in welchen Artikeln das neueste geographische und statistische Material trefflich verwerthet ist); die fachwissenschaftlichen Abhandlungen über Bergbau und Bergrecht, Bibliographie, Brille (von dem berühmten Augenarzt Professor A. K. Graefe in Halle), Brücke u. s. w.

Staats- und Volkswirthschaft.

≏ **Berlin**, 5. Febr. [Wöchentlicher Börsenbericht.] Lustlosigkeit im ausgeprägtesten Maße war auch wieder in dieser Woche das Charakteristische des Börsenverkehrs. Fortgesetzte Geschäftsstille und das Bestreben, auch die bestehenden geschäftlichen Unternehmungen und Engagements zu verringern, stehen permanent an der Tagesordnung. In der Kursbewegung kann diese Intention des Gros der Börsenbesucher keinen Ausdruck finden und daher haben wir, wenn wir nur die Notirungen der einzelnen Tage mit einander oder mit den Vorwochen vergleichen, von festen Börsen zu berichten. Eine so einseitige Beurtheilung würde aber eine ganz falsche Vorstellung erwecken. Die wirklich thatsächlichen Zustände sind bedeutend trüber, als aus der Kursbewegung geschlossen werden kann. Nehmen wir aber die Börse als das feinfühlige Organ des wirthschaftlichen Lebens, das die allgemeinen Bewegungen des letzteren zum ziffernmäßigen Ausdruck bringt, so ist der Rückschluß gerechtfertigt, daß das gesammte wirthschaftliche Leben so gut wie noch keinen Schritt vorwärts auf der Bahn zur Gesundung gethan hat. Das Arbitragegeschäft schrumpft ebenfalls mehr und mehr ein und doch kann gerade in dem Arbitrageverkehr ein Index des sonstigen Handelsverkehrs zwischen zwei Nationen gesehen werden und der reduzirte Arbitrageverkehr darf daher auch mit Recht als ein Symptom der allgemeinen Verkehrsstockung gelten.

Von den internationalen Spekulationspapieren gewannnen die österreichischen Kreditaktien einige Bewegung als wiener Nachrichten von Unregelmäßigkeiten, die bei der Filiale der Kreditanstalt in Brünn vorgekommen sein sollten, zu erzählen wußten. Die hierdurch erzeugte Abschwächung theilte sich auch den verwandten Effekten mit. Ueber die Dividende der österreichischen Staatsbahn wird immer schon vielfach debattirt. So hat neuerdings auch die „Lem. fin" eine Berechnung aufgestellt. Nach dieser müßte sich der Gewinn bei der Bahn auf 4,400,000 Frks. durch die Einnahme und 3,000,000 Frks. durch Verminderung der Ausgaben belaufen. Hierzu kämen dann noch 600,000 Frks. an Zinsen, so daß sich also gegen 1875 eine Aufbesserung von 8,000,000 Frks. ergäbe. Davon kommt in Abzug: Ein Saldo von 1½ Million Frks., der sich nicht mehr unter den Aktivis pro 1875 vermerkt findet, ein Defizit aus den Minen von 3,000,000 Frks. und 400,000 Frks. als Mehrbedarf der Anleihen; in Summa 5,400,000 Frks. Es verblieben daher 2,600,000 Frks. Mehrgewinn. Diese Summe repartirt unter 650,000 Aktien ergiebt zu der 1874er Dividende einen Zuschlag von 4 Frks., so daß also pro 1875 eine Dividende von 39 Frks. pr. Aktie zu erwarten wäre.

Der Verkehr blieb im Uebrigen sehr gering; Eisenbahnen zeigten sich meist geschäftslos und ebenso waren Bankaktiven meist vernachlässigt. Unter den Anlagepapieren spielten nur Amerikaner eine Rolle, dieselben waren fortdauernd in guter Frage. Russische Effekten trugen einen matten Charakter und waltete darin das Angebot vor.

** **Städtische Bank in Breslau.** Soeben ist der Verwaltungsbericht der städtischen Bank zu Breslau für das Jahr 1875 ausgegeben. Der Bericht spricht sich dahin aus, daß, wie in den beiden Vorjahren, so auch im verflossenen Geschäftsjahre die Stockung der Geschäfte, das Darniederliegen fast aller Industriezweige, eine gesteigerte Entwerthung nicht nur fast aller Bergwerks- und Industrie-Aktien, sondern auch der solidesten Eisenbahn- und Provinzial-Papiere, zur größten Vorsicht bei allen Unternehmungen mahnten. Die Folge davon war eine Verminderung des Umsatzes im Lombard- und Depositenverkehr, während das Diskonto-Geschäft fast ganz dieselbe Höhe wie 1874 erreichte. Wenn trotz dessen das finanzielle Ergebniß des Jahres 1875 lohnender war, so daß die Bank ihr Anlagekapital mit $9^3/_{10}$ pCt. gegen 9 pCt. im Jahre 1874 verzinsen konnte, so trug hierzu wesentlich der höhere Zinsfuß bei, welcher im Anfang und gegen Ende des Jahres maßgebend war. Dagegen hatte die Bank nicht unerhebliche Verluste zu tragen. Der Kassen-Umsatz betrug in dem abgelaufenen Jahre rund 95,760,000 Mark gegen 1874 mit rund 97,330,000 Mark, also weniger 1,570,000 Mark. Die Summe der im Laufe des Jahres 1875 bei der Königlichen Bank eingetauschten Noten der Städtischen Bank betrug 26,300,000 Mark, gegen 1874 mit 29,085,000 Mark, weniger 2,785,000 Mark. — Der Reservefonds ist von 594,003 M. durch Zutritt von 20 Prozent des Gewinnes aus 1875 mit 55,937 M. auf die Höhe von 650,000 Mark gebracht. — Die Gewinn-Berechnung pro 1875 ergiebt einen Netto-Ueberschuß von 279,153 M. 26 Pf., wodurch der Stadt Breslau das Stamm-Kapital von Drei Millionen Mark mit $9\frac{3}{10}$ Prozent verzinst worden ist. — Im Tresor befindet sich eine Million Mark in Silber und Gold. — Der baare Kassenbestand ult. December 1875 betrug 601,922 M. — Die Ausgabe der neuen Mark Noten a 100 und a 1000 Mark, sowie die Einziehung der alten auf Thalerwährung lautenden Noten ist beendet, und ist der Präklusionstermin für Letztere mit dem 31. December 1875 abgelaufen. Die in den Verwaltungskosten pro 1875 (36 505 Mk. 32 Pf) mit inbegriffenen Kosten für Anschaffung der Marknoten und für Insertionen der gesetzlichen Bekanntmachungen und Aufrufe wegen der alten Noten erforderten einen Aufwand von 6800 Mark. — Die städtische Bank hat sich den Bestimmungen des Bank-Gesetzes unterworfen und gehört zu denjenigen deutschen Zettelbanken, denen gegenüber der Reichskanzler die §§ 42 und 43 des Bankgesetzes für nicht anwendbar erklärt hat. Nach § 44. 4 des Bankgesetzes hat die städtische Bank eine Einlösungsstelle für ihre Noten in Berlin bei Jacob Landau errichtet. Der Bericht schließt mit folgenden Worten: „Es wird nun abzuwarten sein, wie sich die Reichsbank den anderen Banken gegenüber zu stellen gesonnen ist, da dieselbe nach dem Bankgesetz ebensowohl in der Lage sich befindet, den Geschäftsverkehr zu erleichtern, wie zu erschweren. Insbesondere ist zu wünschen, die Reichsbank werde es der hiesigen Reichsbankhauptstelle gestatten, von dem ihr nach § 19 des Bankgesetzes zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, und die Noten der städtischen Bank am hiesigen Platz wieder in Zahlung auszugeben."

** **Das Gotthard-Bahnunternehmen** befindet sich seit einiger Zeit in einer sehr mißlichen Lage. Der „Wes. Ztg." wird aus Bern berichtet, daß die letztere durch einen neuesten Bericht der Direktion in ganz unzweifelhafter Weise konstatirt worden sei. Nach demselben sollen für die noch zu vollendenden Bauten, wenn man sich streng an das vertragsmäßig aufgestellte Programm halten will, noch volle 115 Mill. nothwendig sein. Wie dieselben anders als durch Erhöhung der Staatssubventionen à fonds perdu angeschafft werden könnten, ist nicht abzusehen; es wird daher wohl nichts Anderes übrig bleiben, als die gemeinsame Berathung dieser Frage in einer allgemeinen Konferenz der Subventionsstaaten, welche zu diesem Zwecke demnächst zu veranstalten sein wird.

** **Resultate der Münzreform in Dänemark.** „Dagbladet" brachte in diesen Tagen einen interessanten Artikel über die Resultate der Münzreform, worin nachgewiesen wird, wie günstig es für Dänemark gewesen ist, daß es sich sofort für den Uebergang zum Goldmünzfuß entschloß und mit welch' großer Umsicht namentlich die Direktion der Nationalbank die Operationen, welche dieser wichtigen Veränderung vorangingen, geleitet hat. Wie günstig diese Veränderung gewesen ist, kann man schon daraus sehen, daß die ganze Quantität des verkauften Silbers zum Betrage von 25 Mill. Kronen, jetzt gegen 2 Mill. Kronen geringeren Werth haben würde als in 1872, indem der Silberwerth, gemessen in Gold, jetzt ungefähr 8 pCt. geringer ist als zu jener Zeit. Als andere schlagende Beweise des praktischen Nutzens der Münzreform kann erwähnt werden, daß während dänische Debitoren früher gewöhnlich ihre Schulden nach England mit durchschnittlich 9 Rigsdaler pro Lstrl. bezahlen konnten, würden sie jetzt, wenn die Reichsmünze beibehalten wäre, 9 Rdl. 80 Schill. bezahlt haben müssen, und während jetzt der Restbetrag der englischen Anleihe mit ca. 9,476,500 Rdl. abbezahlt worden ist, würde man ohne die Münzreform 10,200,000 Rdl. bezahlt haben müssen.

** **Neue türkische Finanz-Projekte.** Fortwährend tauchen neue Projekte und Kombinationen auf, wie dem kranken türkischen Staatssäckel zu helfen sei. Nach einer aus Konstantinopel, 2. Februar in Berlin eingetroffenen telegraphischen Information hat die dortige „Banque de Konstantinople" ein von ihrem pariser Filial-Direktor S. entworfenes Projekt dem Großvezier unterbreitet, demzufolge die Zolleinkünfte des Reiches einer Pacht-Gesellschaft überantwortet werden sollen, die sich verpflichten wolle ein von Jahr zu Jahr steigendes Pachtgeld dem türkischen Tresor dafür zuzuführen. Die für das erste Jahr seitens genannter Bank angebotene Pachtsumme soll angeblich mehr als hinreichend sein, um die Staatsschatz-Bedürfnisse bis zum Juni 1876 vollkommen zu decken. (B. B. C).

Vermischtes.

* **Berlin** 6. Februar. Auf der hamburger Bahn trafen vorgestern früh 57 preußische Unterthanen, welche vor zwei Jahren nach Brasilien ausgewandert waren, auf der Rückfahrt hier ein. Dieselben von allen Mitteln entblößt, wurden, wie die „N. Pr. Ztg." mittheilt, vorläufig nach dem Arbeitshause geschafft, bis die Mittel zur Weiterreise nach ihrer Heimath im Kreise Pr.-Stargard u. s. w. angewiesen sind. Die Auswanderer haben in Brasilien sehr trübe Erlebnisse durchgemacht. Nicht eine einzige Familie kehrte vollzählig hierher zurück. Der Tod soll die Reihen der deutschen Auswanderer, die sich dort auf der Kolonie Theodora der Provinz Bahia niedergelassen haben, sehr gelichtet haben. — Im Hause Fehrbellinerstraße 25 hat gestern Abend eine Gasexplosion stattgefunden, bei welcher die Frau des Eigenthümers und ein an demselben Tage angenommener Kutscher anscheinend schwer verletzt sind. Die Explosion ist dadurch entstanden, daß die Erstere mit dem Letzteren unter Benutzung eines Lichtes in den Keller ging, um dem Kutscher seine Obliegenheiten an dem dort befindlichen Gasmesser zu zeigen. Bei der sofort nach der Explosion stattgefundenen Untersuchung fanden sich sämmtliche drei Hähne des Gasmessers offen. Der Verdacht der Thäterschaft lenkt sich auf den früheren Kutscher, welcher aus dem Dienste entlassen wurde. Der Kutscher befindet sich bereits in Haft.

* **Ein berliner Bankhaus** versendet der „Post" zufolge nachstehenden gereimten Mahnbrief:

Wir bitten bei diesen schlechten Zeiten
Um Ordnung ihrer Wechselangelegenheiten,
Da wir uns sonst genöthigt seh'n,
Klagend gegen Sie vorzugeh'n.

Breslau, 6. Februar. [Pfarrer Pischel und Simon. Die waldenburger Verbrechen. Eisbahn.] In Girlachsdorf bei Reichenbach starb vor einigen Monaten der dortige Ortspfarrer Scholz, ein humaner und toleranter Geistlicher und wurde von den beiden Patronen im Einverständnisse mit der Ortsgemeinde der Pfarrer Pischel, bisher in Girnsdorf bei Ziegenhals dem Ober-Präsidenten für die erledigte Stelle präsentirt und von diesem akzeptirt. Am Anfang dieser Woche stellte sich nun am genannten Orte der bekannte Fahnenträger von Lourdes, der Stadtpfarrer Simon aus Schweidnitz ein, gerirte sich als fürstbischöflicher Kommissarius und entnahm aus dem Tabernakel die geweihten Gegenstände, welche er zunächst nach Schweidnitz in Sicherheit brachte. Der Stadtpfarrer Rinke, zu dessen Archipresbyteriat die Pfarrei Girlachsdorf gehört und der der staatlichen Richtung angehört, hat sich zu diesem Kommissorium nicht hergegeben, ist auch möglicher Weise dazu gar nicht aufgefordert worden. Im Laufe dieses Jahres sind dem Ober-Präsidenten von Seiten der betreffenden Privat Patronen übrigens bereits drei Pfarrer präsentirt worden, gegen welche kein Einspruch erhoben worden ist und sehen ebenso mehrere Stellen landesherrlicher Patronats ihrer Besetzung entgegen. — Die Urheber der waldenburger Verbrechen sind noch immer unentdeckt und hat inzwischen schon wieder ein Raubanfall, genau an derselben Stelle der früheren Morde, bei einem jungen Mädchen stattgefunden, der nur durch die Dazwischenkunft eines Bergmannes verhindert wurde. Dem in Gleiwitz verhafteten Strolch hat eine Betheiligung an dem Verbrechen nicht nachgewiesen werden können. — Unsere Eisvergnügungen sind in ein neues Stadium getreten und gelangen jetzt allabendlich bei elektrischem Licht zur Aufführung. Die mehr als tageshell beleuchtete Eisfläche läßt die 30 bis 40 Meter langen Schatten der Schlittschuhläufer in solcher Intensivität hervortreten, daß das Auge von diesem Gegensatze vollständig geblendet wird und die Fahrenden nur mit Mühe im Stande sind, gegenseitig auszuweichen, da sich bei der Schnelligkeit der Bewegungen Personen und Schatten nur schwer von einander unterscheiden lassen. Tausende von Zuschauern umstehen allabendlich das eben so neue als interessante Schauspiel.

* **Breslau**, 5. Febr. Seit einigen Wochen werden im königlichen Palais Vorbereitungen zu mancherlei baulichen Umänderungen und Neuanlagen getroffen. In sämmtlichen Sälen werden die alten Gaskronleuchter durch neue Gaslustres ersetzt, alle Korridore erhalten Gaswandleuchter; ferner ist die Einrichtung eines eleganten Baderaumes, sowie die Herstellung von etwa 10 bis 12 Zimmern für die Hofdienerschaft in Aussicht genommen. Nach Fertigstellung der betreffenden Einrichtung dürfte im Herbst dieses Jahres der Besuch der Kronprinzessin zu erwarten sein. Die vorerwähnten baulichen Veränderungen werden gerüchtweise mit der Absicht des Kronprinzen und der Kronprinzessin in Verbindung gebracht, den Prinzen Friedrich Wilhelm, welcher gegenwärtig zu Kassel seiner wissenschaftlichen Ausbildung auf dem dortigen Gymnasium obliegt, demnächst seine Studien in Breslau fortsetzen und vielleicht gleichzeitig bei einem der hier garnisonirenden Truppentheile eintreten zu lassen.

* **Bremen**, 5. Februar. Heute Nachmittag trat das Komite zur Unterstützung der Hinterbliebenen der bei der Katastrophe in Bremerhaven Verunglückten zu einer Sitzung zusammen. Es konnte von Seiten des Rechnungsführers die erfreuliche Thatsache mitgetheilt werden, daß ungefähr 400,000 M. jetzt als eingegangen zu verzeichnen sind. Der letzte Ausweis bezifferte sich auf 383,000 M., aber 7000 M waren noch angemeldet und aus Newyork waren durch das deutsche Generalkonsulat ca. 10,000 M angekündigt. Einstimmig wurde vom Komite beschlossen, einen öffentlichen Dank zu erlassen für die hochherzige Bereitwilligkeit, mit welcher seinem Aufrufe entsprochen ist und die Mittel gewährt worden sind, den Hinterbliebenen der Opfer eines schrecklichen Verbrechens in einer billigen Anforderungen entsprechenden Weise Hülfe zu gewähren. Besonders fühlte man sich gedrungen, der Schwesterstadt Hamburg für die bewiesene Theilnahme zu danken. Diesem Danke an Hamburg, sowie an andere Städte, an die Presse 2c. entsprechenden Ausdruck zu geben, wurde der Vorsitzende und Protokollführer beauftragt. Das für die Untersuchung der angemeldeten Unglücksfälle niedergesetzte Subkomite berichtete sodann. Seine sehr schwierigen Nachforschungen sind im Wesentlichen abgeschlossen. Dasselbe wurde nun ermächtigt, in Verbindung mit einem Ausschusse des bremerhavener Komites dem Plenum Vorschläge zu einmaliger und zu einer erstjährigen Unterstützung zu unterbreiten. Verschiedene geschäftliche Angelegenheiten wurden alsdann noch erledigt. Mittheilenswerth dürfte die Warnung sein, daß auch der Schwindel sich bemüht die Katastrophe auszubeuten und daß z. B. ein Bittgesuch, angeblich im Interesse der Hinterbliebenen, sich als Betrügerei herausgestellt hat. (Wes Ztg)

* **Neue Theater.** Ueber das neue Theater, welches die Stadt Frankfurt a. M. unter Oberleitung des Direktors der berliner Bauakademie sich Lucae baut, schreibt die „Disdask.": „Im äußern Bau dürfte das frankfurter zu den größten Theatern Deutschlands zählen, im Zuschauerraum steht es vielleicht nur dem münchener Hoftheater nach. Der Saal der neuen Oper in Paris faßt 2156 Personen, dies Theater wird für 2000 Zuschauer Raum haben. Außer den Parterrelogen sind vier Ränge angelegt und im Gegensatz zu vielen anderen Theatern ist das Parterre so groß, daß neun Reihen Bänke für Parterre-Plätze bleiben und dahinter noch Stehplätze unter dem Balkon ersten Ranges. Hat Professor Lucä sich damit schon dem minder mit Glücksgütern gesegneten Publikum günstig gezeigt, so ist dies noch mehr der Fall bei den Galerieplätzen. Der vierte Rang, in allen Theatern von der Saaldecke gedrückt und von der Hitze heimgesucht, ist in Lucä's Plane beider Unbequemlichkeiten überhoben, denn eine hohe, luftige Halle über den Köpfen der „allerhöchsten" Zuschauer bevorzugt die Leute, die vier Treppen steigen mußten. Daß alle neuerfundenen Vervollkommnungen der Heizungs- und Ventilations-Apparate beim Theaterneubau in Anwendung kommen, versteht sich wohl von selbst. Zu Neujahr 1878 soll das ganze Werk beendet sein und die Eröffnung des Kunsttempels stattfinden." — Auch in Schleswig wird ein neues Theater gebaut. Wie das „Frbl." meldet, ist bereits von den städtischen Behörden die beanspruchte finanzielle Beihülfe zur Herstellung des Baues zugestanden worden.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 7. Februar. [Reichstag.] Auf die Interpellation des Abg. Gerber betreffend die Einsetzung einer Gemeindevertretung in Straßburg, welcher den Vertrag wegen Grunderwerbung behufs Erweiterung der Festung vorzulegen wäre, erwiedert der Bundeskommissar Herzog, die Regierung werde diesen mit der städtischen Aufsichtsbehörde geschlossenen Vertrag einer Kommunalbehörde nicht vorlegen. Die Stadterweiterung beruhe keineswegs allein auf strategischen Rücksichten, sie schaffe Straßburg keinerlei finanzielle Schädigung, vielmehr besondere Vortheile. Eine städtische Vertretung werde die Regierung nicht einsetzen, bis Aussicht vorhanden sei, daß solche Männer gewählt werden, welche die Verbindung der Reichslande mit Deutschland nicht als ein Provisorium ansehen. Im Laufe der Debatten führte der Feldmarschall Moltke aus, daß der Vertrag keineswegs einseitige militärische Interessen verfolge, daß Straßburg an Bedeutung und Ausdehnung gewinnen werde, wie es seit Anschluß an Deutschland bereits gewonnen habe.

Im Fortgang der Sitzung erledigte der Reichstag debattelos die dritte Lesung mehrerer Vorlagen und nahm zu der Vorlage, betreffend die Errichtung des Reichstagsgebäudes auf dem Kroll'schen Grundstücke den Antrag Lucius an, wonach eine siebengliedrige Kommission das Bauprojekt revidiren und Ermittelungen über ein geeignetes Terrain in zentraler Lage der Stadt anstellen soll.

Bekanntmachung.

In der Oberförsterei **Ludwigsberg** stehen im Monat Februar 1876 nachstehende Holzverkaufstermine an:

1. Montag, 21. Februar d. J., im Kahl'schen Gasthofe zu Stęszewo:

Schutzbezirk Brand, Totalität: 1 Stück Kiefern-Bauholz, 344 Rm. Kiefern-Kloben, 769 Rm. Stangen-Reisig I. Klasse.

2. Mittwoch, 23. d. Mts., im Silberstein'schen Gasthofe zu Moschin:

Schutzbezirk Landsort, Jagen 35, 50 und 51: 130 Stück Eichen, 17 Stück Birken-, 469 Stck. Kiefern-Nutzholz, 3 Rm. Kiefern-Böttcherholz, 152 Rm. Eichen-Kloben und Stockholz, 36 Rm. Birken-Kloben, 483 Rm. Kiefern-Kloben und Stockholz, 230 Rm. Kiefern-Reisig I. u. III. Klasse.

Schutzbezirk Pilzen, Jagen 59: 180 Stck. Kiefern-Bauholz, 110 Rm. do. Kloben und Stockholz, 125 Rm. Reisig III. Kl.

3. Donnerstag, 24. d. Mts, im Silberstein'schen Gasthofe zu Moschin:

Schutzbezirk Waldecke, Jagen 65 und Totalität: 8 Stck. Kiefern-Bauholz, 12 Rm. do. Böttcherholz, 320 Rm. Kiefern-Kloben, Stockholz und Knüppel, 65 Rm. Reisig I.

Schutzbezirk Seeberg, Jagen 83: 84 Stck. Eichen-, 4 Stck. Birken-, 419 Stck. Kiefern-Bauholz, 3 Rm. Kiefern-Böttcherholz, 93 Rm. Eichen-Kloben und Stockholz, 6 Rm. Birken-Kloben, 727 Kiefern-Kloben und Stockholz, 200 Rm. do. Reisig.

Schutzbezirk Unterberg, Jagen 111, 113, 114: 393 Stck. Kiefern-Bauholz, 497 Rm. do. Kloben und Stockholz, 390 Rm. do. Reisig III Kl.

4. Montag, 28. d. Mts., im Reymann'schen Gasthofe zu Dolzig:

Schutzbezirk Vordamm, Jagen 23: 30 Stck. Eichen-, 110 Stck. Kiefern-Nutzholz, 78 Rm. Eichen-Kloben und Stockholz, 400 Rm. Kiefern-Kloben und Stockholz, 150 Rm. Eichen- und Kiefern-Reisig.

Schutzbezirk Lohhecken, Schlag XVI: 8 Stück Eichen-Knüppel u. Stockholz, 13 Stck. Birken-, 6 Stck. Kiefern-Bauholz, 30 Rm. Birken-Kloben und Knüppel und Stockholz, 24 Rm. Kiefern-Kloben u. Stockholz.

Schutzbezirk Herrenwalde, Jagen 7 und 8: 300 Rm. Kiefern-Durchforstungs-Reisig.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Aufmaaßregister des Bauholzes einige Tage vor dem Verkauf in der hiesigen Registratur eingesehen werden können und die betreffenden Forstschutzbeamten angewiesen sind, die zum Verkauf gestellten Hölzer auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen. Sämmtliche Termine beginnen 9 Uhr Morgens.

Ludwigsberg, den 6. Februar 1876.

Der Königliche Oberförster.

Schützenstr. 13 ist ein gut erhaltenes **Pianoforte** billig zu verkaufen. **v. Zedtwitz.**

Keine Marktschreierei!
sondern reelle Belehrung u. Hülfe.

Der persönliche Schutz,
Rathgeber für Männer jeden Alters, Hülfe bei

Schwäche-zuständen.

36. Aufl. 232 Seiten mit **60** anatom. Abbild. in Stahlst., in Umschlag versiegelt. **Orginalausgabe** von **Laurentius**.
Zu beziehen durch jede **Buchhandlung**, auch in **Breslau** von der **Schletter**'schen Buchhandlung, sowie von dem **Verfasser**, Hohestr. Leipzig. Preis 4 Mark.
(H. 0350.) **Dr. L.**

Salicylsäure-Präparate

Mundwasser & Zahnpulver

dargestellt von **Ernst Jebens** Hofapotheker Baden-Baden

Diese neuen Präparate durch **erste Autoritäten der Zahnheilkunde bestens empfohlen, sind von adstringirender Eigenschaft, zersetzen die an den Zähnen gebildeten cariösen Substanzen, bewirken eine vollständige Heilung des kranken Zahnfleisches, beseitigen übelriechenden Athem, entfernen sofort jeden unangenehmen Geschmack und verleihen dem Munde eine angenehme Frische.**

Preise:
Mundwasser: per Flasche 2 M., pr. Doppelfl. 3 M. 50. Pf.
Zahnpulver: 1 Schachtel 1 M. 25 Pf.

Zu beziehen durch alle renommirten Apotheken und Parfümeriehandlungen; in **Posen** bei **M. Jacobi, Markt 43.**
NB. Man achte darauf, dass jede Schachtel oder Flasche obige Fabrikmarke trägt, um sicher zu sein, die ächten Jebens'schen Präparate zu erhalten.

---

30 L. frisches Gänsefett ist zu haben beim Restaurateur **M. Lewy**, Breitestraße 21.

Heringe und trock. Stockfische!

Alle Sorten beste neue **Salzheringe** in Original 1/1 und 1/2 Tonnen, sowie auch neue Stockfische in 3 Sorten empfiehlt billigst en gros et en detail.

K. Szulc,
Posen, Wasserstraße Nr 25.

Am 18. und 19. Mai d. J. wird zu Neubrandenburg der siebente große

Zuchtmarkt für edlere Pferde

abgehalten.
Gleichzeitig findet am 19. Mai eine große Verloosung von Equipagen, 80 Pferden und ca. 1500 werthvollen Reit-, Fahr- und Stall-Requisiten statt.

Hauptgewinn:
Eine elegante Equipage mit vier hochedlen Pferden
im Werthe von
10,000 Reichs-Mark,
Gesammtwerth der Gewinne
97,000 Reichsmark.

Preis des Looses **3 Reichsmark.**
Der Verkauf der Loose ist dem Hrn. **B. Siemerling** in Neubrandenburg übertragen, woselbst auch die Bedingungen für Wiederverkäufer zu erfahren sind.

Das Komite des Neubrandenburger Zuchtmarktes.
Graf Schwerin-Göhren. Pogge-Gevezin. Rath Loeper.

Ein General-Debit der Loose für **Schlesien** und **Posen** ist errichtet bei Herrn **E. Schlesinger**, Ring Nr. 4 in **Breslau.** (Hp. 1309)

St. Martin 33 ist die Wohnung 1. Etage und Parterre, 4 große Zimmer rc. rc., Gas- und Wasserleitung zum 1. April z. v.

Haasenstein & Vogler,
Annoncen-Expedition,
Breslau, Ring 29.

Aeltestes und **größtes** Geschäft dieser Branche, bekannt als **solid** und **reell,** empfehlen ihr Institut dem inserirenden Publikum auf das Angelegentlichste, und ist deren Geschäftsprogramm: Annoncen für jedes Blatt des In- und Auslandes zu **Originalzeilen-Preisen,** ohne Berechnung von **Portokosten** und **Spesen,** zu befördern. Ein **einziges** Manuskript genügt uns, wenn auch in **mehreren Blättern** inserirt wird, wir ersparen unseren Kunden Mühe und Kosten der Abrechnung mit den einzelnen Zeitungs-Expeditionen und gewähren bei umfangreichen Aufträgen hohen **Rabatt.**

Große und kleine Zeitungsverzeichnisse gratis und franko. Kostenanschläge werden auf Verlangen bereitwilligst geliefert

Haasenstein & Vogler.

SILPHIUM CYRENAÏCUM

Mit ausgezeichnetem Erfolge von Dr **LAVAL**, bei jedem Grade von *Lungen*-und *Kehlkopfschwindsucht* überhaupt bei allen *Brust* und *Halsübeln* angewandt. Von den Spitaelern in **Paris** und allen groesseren Staedten Frankreichs adoptirt. Das **Silphium** wird in Form von Tinctur, Pillen und Pulver angewandt.

DERODE & DEFFÈS, Apotheker I classe, 2, rue Drouot, **PARIS.**

General-Depot für Deutschland bei Elnain & Cie., Frankfurt a. M.
In **Posen** zu haben bei **H. Elsner**, Apotheker.

Prospecte, a. welch. all. Weit. ersichtl., gratis.

Achsen, Lager,
Hartguß-Räder,
Kipp-Wagen

und andere Bedarfsartikel für
schmalspurige Eisenbahnen
werden als Specialität in bewährter Construction und Güte gefertigt und preiswürdig geliefert durch die
Eisengießerei und Maschinenbau-Anstalt
von
Rudolph Leder,
Quedlinburg a. Harz.

Tüchtige Agenten werden gesucht.

Große Holsteiner-, Holländische- und Prima Whitstable-Natives-Austern,

frische Seefische, lebende Hummern, Astrachaner Caviar frischen und geräucherten Rhein- und Weserlachs, Straßburger Gänseleber- und Wildpasteten, Poularden, Fasanen Rebhühner, Schnepfen, frische und conservirte Früchte und Gemüse, französische Salate, frische Trüffeln, sowie alle sonstigen Delicatessen der Saison, empfängt täglich und versendet in bester Qualité

W. A. Krentscher,
Hoflieferant Sr. Maj. des Kaisers u. Königs,
Berlin W., Charlottenstr. 33.

Magen-Katarrh

Katarrh der Verdauungsorgane — chronische Magenverschleimung

wird nach einer bewährten Methode und zwar gründlich beseitigt. Atteste von glücklich Geheilten selbst nach 10 und 20jährigen **jeder anderen Kur** widerstandenem Leiden in großer Zahl. — Wer von dieser hartnäckigsten Krankheit gequält wird und befreit sein möchte, der überwinde jegliches Mißtrauen und wende sich an

J. J. F. Popp
in **Heide** (Holstein).

damit verbundene Nebenkrankheiten.

Für **Posen** befindet sich nach wie vor der Verkauf von:
Dr. Borchardt's Kräuter-Seife, à 60 Pf.
Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta à 1 M. 20 Pf. und 60 Pf.
Dr. Koch's Kräuterbonbons, a 1 Mark und a 50 Pf.
Dr. Hartung's Chinarinden-Oel, a 1 Mark.
Dr. Hartung's Kräuter-Pomade, a 1 Mark.
Professor Dr. Lindes veget. Stangen-Pomade, a 75 Pf.
Italien. Honigseife, a 50 und 25 Pf. bei
J. Menzel, Wilhelmsstrasse 8,
sowie für **Bromberg:** Carl Schmidt, **Fraustadt:** Aug. Oleemann, **Gnesen:** J. B. Lange, **Inowraclaw:** Herm. Citron, **Kempen:** M. Wohl, **Krotoschin:** A. E Stock, **Lissa:** B. K. Nehab, **Ostrowo:** H Sieradzki, **Rawicz:** R. Frank, **Rogasen:** J. Alexander, **Samter:** W. Krüger, **Schubin:** C. L. Albrecht, **Witkowo:** R. A. Langiewicz und in **Wreschen** C. Winzewski.

Dr. Christison's Zahntropfen à Fl. 25 Pf. nur in **Elsner's** Apotheke.

Gebrauchte, im guten Zustande befindliche zweiflügliche **eiserne Thüren** kauft und erbittet Offerten

Cäsar David,
Bojanowo.

Allein echter
Dr. Meyer'scher Magenbitter
von Gebr. Hepner in Gleiwitz, seit vielen Jahren als Hausmittel bewährt und erprobt, ist besonders gegen Appetitlosigkeit, Unverdaulichkeit, Uebelkeiten, verdorbenen u überladenen Magen, Diarrhoe etc. zu empfehlen.
Niederlage bei S. Alexander (H. Kirsten) **Posen**, St. Martin 11. F. Theurich, **Gnesen**.

Oesterreichische 1839er Serienloose,

mit **deutschem** Stempel versehen, also **gesetzlich** erlaubt, habe übernommen und halte dieselben, so weit mein Vorrath reicht, das 1/5 **Original-Serienloos** mit **375 Reichsmark** empfohlen Günstigste Gewinnchance. Haupttreffer a 280000, 60000, 30000, 20000, 15000, 10000, 8000, 6000, 2 a 5000, 3 a 3000, 4 a 2500, 4 a 2000, 8 a 1500, 8 a 1200, 10 a 1100, 11 a 1000, 56 a 900, 66 a 800, 98 a 700, 161 a 600, 16161 a 500 Fl Da jedes Loos also gewinnen **muß**, so ist der Einsatz nur höchst gering. da der kleinste Gewinn bereits ca. 200 Mark beträgt.

Jean Fränkel,
Bankgeschäft,
Berlin, Am Dönhofsplatz, Kommandantenstr. Nr. 84.

Gesucht Posener Wohnungs-Anzeiger v. 1875. Frankirte Offerte sub H. c. 0570 an die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in **Hamburg.**

! Zu beachten!

Personen, welche einige Stunden des Tages für eine einträgliche **Nebenbeschäftigung** Zeit haben, zu welcher nicht die geringsten Kenntnisse und Auslagen erforderlich sind, können gegen Frankoeinsendung von 1½ Mark nähere Auskunft erhalten durch das Kommissionsgeschäft von (H. 595b)

Jetschke & Co.
zu **Merseburg.**

Gartenstr. 13 b. eine Wohn. von 3 Zimmern, Küche und Zubeh. vom 1. April ab zu verm. **F. Weber.**

Ein gut möblirtes Zimmer nebst Schlafkabinet und Entrée nach vorn heraus ist zu vermiethen **Halbdorfstraße 16** in der 2. Etage.

Bergstraße 4
ist die erste Etage, bestehend aus 5 Zimmern, Küche und Zubehör vom 1. April d. J. zu vermiethen.

Schützenstraße 19
eine Wohnung für 80 Thaler sofort zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer zu vermiethen **Lindenstraße 1** A., 3 Treppen.

Zwei größere Wohnungen in der 2. Etage und zwei Kellerwohnungen zu vermiethen. Näheres beim Portier des Hauses Berlinerstr. Nr. 7.

Schrodka-Markt Nr. 1 ist 1 Laden mit angrenzender Wohn. zu verm.

Für ein Pferd ein Stall sofort zu verm. Kl. Ritterstr. Nr. 2.

Zur Anlage
eines Droschkengeschäfts oder einer großen Schlosserei resp. Schmiede oder Tischlerwerkstatt rc. sind Thorstr. 10 b die nöthigen Lokalitäten vom 1. April oder 1 Oktober cr. ab zu vermiethen. Das Nähere daselbst beim Wirth.

Die Gärtnerstelle ist bereits vergeben.
Dom. Lang-Goślin.

Zum 1. April d. J. suche ich, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung als **erster Wirthschaftsbeamter** auf einem größeren Gute. Auf hohes Gehalt sehe ich weniger, als auf Umgang in der Familie.
Le Fèvre.
Bialokosz bei Pinne.

Ein tüchtiger, unverheiratheter **Brenner,** über 20 Jahre alt, findet sofort Anstellung auf dem Dominium **Wyszyn** bei Budzyn.

Im oberen Stadttheil wird von einer kleinen Familie zu Ostern eine Wohnung von 3 Zimmern mit Zubehör gesucht. Adressen mit Preisangabe sub **J. R.** in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Ein Knabe anständiger Eltern, der Lust hat, **Tapezierer** zu lernen, kann sich melden Lindenstr. 3 beim Tapezierer **A. Hackenberg.**
Auch kann sich daselbst ein **Laufbursche** melden.

Ein Lehrling findet sofort oder später unter günstigen Bedingungen Stellung bei
Gustav Ephraim,
Schloßstr. 4.

Ein Lehrling
kann unter günstigen Beding sof. eintreten. **A. Pfuhl,** Rothe Apotheke.

Ein junger Mann
anständiger Eltern, findet in meinem Kolonialwaaren- u. Farbengeschäft als Lehrling Stellung.
W. Moses, Breitestr. 23.

Eine Amme wird verlangt Breitestraße 12. 1 Tr.

Zum baldigen Antritt wird zu einem 2 Monate alten Kinde eine gesunde, kräftige Amme gesucht. Posen, St. Martin 47, 1 Treppe.

Ein im Backen und Garniren geübter
Konditorgehülfe
findet von sogleich oder auch später Kondition bei
A. L. Reid in Bromberg.

Ein
routinirter Buchhalter und Korrespondent
mit besten Referenzen sucht unter bescheid. Ansprüchen Engagement. Offert. sub Chiffre **A. S. 66** beliebe man in der Exped. d. Ztg. niederzulegen.

Ein Gärtner der polnischen und deutschen Sprache mächtig sucht zum 1. April 1876 Stellung. Offerten werden A. B. postlagernd Pudewitz erbeten.

Ein im Getreide- und Spiritusgeschäft bewanderter, mit Buchführung vertrauter junger Mann sucht Engagement entw. in derselben Branche oder als Rechnungsführer auf einem größeren Dominium. Offerten werden sub **H. G. 41** in der Exped. der Zeitung erbeten.

Ein beider Landessprachen vollständ. mächtiger, unverheiratheter
Oekonom,
7 Jahre beim Fach, sucht vom 1. Juli 1876 dauerde Stellung. Näh. durch **Louis Streisand** Buch- u. Schreibmaterialienhandlung und Buchdruckerei, in Grätz.

Personen, welche geneigt sind, ein einjähriges Mädchen an Kindesstatt aufzunehmen, wollen sich melden Mühlenstraße 38 im Keller.

Ich erkläre hiermit, daß ich die am 4. d M. dem Schriftsetzer Hrn. A Bergmann und der Ehefrau desselben zugefügten Beleidigungen nicht allein zurücknehme sondern auch anerkenne, daß die damals von mir behaupteten Beleidigungen grundlos waren. Carl Plaginz.

Verloren: ein schwarzes Spitzentuch Sonntag Nachm zwischen Kl. Ritterstr., St. Martin, Bismarckstr., Paul-Kirchstraße. Gegen angem. Bel. abzugeben an Frau **Hennig,** Pauli-Kirchstr. 3.

Verloren ein Polaris mit 200 Mk., zwei Photographien und eigenen Visitenkarten vom Tunnel bis Wallischei 44. 30 M. Belohnung dem Finder.
J. Karkużewski.

Gefunden **ein Trauring,** gegen Insertionsgebühren Bäckerstraße 10 in Empfang zu nehmen.

Isr. Seelsorge-Verein zu Posen.
Wir ersuchen unsere geehrten Mitglieder, sich zu dem am 9. d. Mts. im Keiler'schen Saale stattfindenden Stiftungsfeste recht pünktlich einstellen zu wollen, da präzis 7 Uhr 15 Minuten die Festrede des Herrn Gemeinde-Rabbiners Dr. Feilchenfeld beginnt.
Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Elisabeth** mit dem königl. Feldmesser Herrn **Alexander Felderhoff** zeigen wir hierdurch ergebenst an.
Stargard, den 6. Februar 1876.
Dolainski nebst Frau.

Sonnabend Abend 10¾ Uhr wurden wir durch die Geburt einer munteren Tochter erfreut.
Theodor Hartwig u. Frau

Heute früh 8¼ Uhr wurde meine liebe Frau **Anna** geb. Kaskel von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.
Niepruszewo, 7. Februar 1876.
T. Schindowski.

Die heute Mittag erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Marie** geb. Kaucrauf, von einem kräftigen Knaben beehre mich hierdurch Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen.
Schmiegel, 6. Februar 1876.
Oscar Bothe.

Allen Verwandten und Freunden die traurige Anzeige, daß unsere liebe Tochter und Schwester
Marie Brown
am 4. d. M., Abends gegen 7 Uhr, in Folge des Typhus nach 6 wöchentlichem Leiden sanft entschlafen ist.
Meseritz, den 6. Februar 1876.
Die Hinterbliebenen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Marie Lange in Görlitz mit Herrn R. Schumacher in Berlin, Frl. Frieda Stange in Schwarz bei Mirow i. Meckl. mit Kaufm. Carl Jaenecke in Stettin, Frl. Clara Walter in Driebitz mit Fabrikbesitzer Ferdinand Schopp in Haynau, Frl. Anna Schmidtmann mit Pastor Wedemeyer in Grohnde a. d. Weser, Frl. Marie Owczarczak mit Herrn Richard C. Prager in Posen.

Verehelicht: Herr Jos. Klar in Berlin mit Frl. Elise Lange in Pankow, Herr Max Prausnitz mit Fräul. Johanna Wiesenthal in Berlin, Herr Wilhelm Funck mit Frl. Minna Schafmayr in Friedrichshafen, Herr Heinrich Muth mit Fräul. Franziska Mende in Dresden.

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Moritz Blumenthal in Berlin, Hrn. Obertelegraphist Paul Richter, Hrn. v. Stutterheim in Gr.-Waldeck. — Eine Tochter: Herrn R. Siemering in Berlin, Herrn Zahnarzt Heinr. Neubauer, Hrn. Kunst- und Handelsgärtner H. Allardt, Herrn August Knöllner in Neu-Ruppin, Hrn. Kreisrichter Stüber in Klötze, Herrn Apotheker Schmitz in Cochem, Herrn Prem.-Lieut. Lorenz I in Erfurt, Hrn. Prem.-Lieut. a. D. und Amtmann Fr. Frieg in Annen, Hrn. Lieut. Wagner in Breslau.

Gestorben: Hr Bäckermeister Hermann Otto in Berlin, Kaufm. Moritz Dreßler in Berlin, Lazareth Inspektor a. D. E. Tabbert in Potsdam, Stadtältester Julius Wilhelm Colberg in Lübben N.-L., Rentier T. Thurm in Brandenburg, Sanitätsrath Dr. Robert Geisler in Havelberg, Herr George Haack in Catania, Frau Sophie Coler geb. Goossens in Bernau, Oberstlieutenant a. D. Bodo v. Kall in Genthin, Sec.-Lieutenant Bernhard v. Tschirschky und Boyendorf in Bonn, Stadtrath Carl Nitzschner in Dresden, Frau Justizräthin Leopoldine Königsmann geb. Adler in Hamburg, Frau Hauptmann Marie Grätz geb. Lehmann in Cottbus, Generalmajor Ludwig Baron Dumoulin in Wien.

Interims-Theater in Posen
Repertoir.
Dienstag den 8. Februar:
Einmaliges Gastspiel der Frau
Grösser-Claar
vom Stadttheater zu Breslau.
Zum Benefiz
für Frl. M. Hergwegh:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
Elisabeth: Frau Größer-Claar.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.
Dienstag: Auf vielseitiges Verlangen zum letzten Male: **Berlin wie es weint und lacht.**
Die Direction.

Bazar-Saal.
Freitag,
den **11.** Februar 1876, Abends 7½ Uhr,
Concert,
gegeben von
G. v. Friemann,
Großherzogl. hess Kammervirtuos,
und
Georg Leitert,
Pianist aus Dresden.
Nummerirte Billets a 3 Mark, Stehplätze a 2 Mark sind zu haben in der **Hof-Buch- u. Musikalienhandlung** von
Ed. Bote & G. Bock.

Restaurant Tunnel.
Morgen Mittwoch **Abend-Concert** ohne Entree. Anfang 7 Uhr.
B. Jaensch.

Heute **Eisbeine** Mühlen- u. St. Paulistraßen-Ecke 29
A. Graeber.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.